

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 32. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 15. Februar 2023
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.45 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Henry Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Alex Beer, Mehmet Can, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch, Corinne Probst, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Henry Vogt, Lea van der Merwe, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: Rolf Adam, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Florian Spiegel, Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 25.1.2023, betreffend
**Abrechnung Finanzierungskredit Projekt «WandelStern»
des Alterszentrum Am Bachgraben von 2003**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 3343A

2. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 19.10.2022, betreffend
Aufwand bei Einsätzen der Ordnungsorgane bei Nachtruhestörungen
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4644 / A

3. Interpellation von Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, vom 7.11.2022, betreffend
Armut in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4647 / A

4. Interpellation von Etienne und Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 5.12.2022,
betreffend **Vollzug Volksbegehren Vermeidung von Lichtverschmutzung**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4653 / A

5. Interpellation von Lucca Schulz, SP, vom 7.12.2022, betreffend
Unterbringung von Asylsuchenden in Allschwiler Zivilschutzanlagen
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4654 / A

6. Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 12.9.2022, betreffend
Umstellen, bevor allzu vieles nicht mehr geht
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4634

7. Motion von Etienne Winter und Mehmet Can, vom 26.11.2022, betreffend
Einführung einer Amtszeitbeschränkung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4651

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 31 vom 15. Februar 2023

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Henry Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Henry Vogt, Präsident: Guten Abend miteinander. Danke schön, dass ihr euch alle hinsetzt. Ich begrüsse euch zur heutigen Plenarsitzung vom 15. Februar 2023. Entschuldigt sind Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Florian Spiegel und Swen Wyss. Wie es scheint, kommt niemand zu spät. Wir kommen zur Präsenz. Vielen Dank.

Zu den Mitteilungen des Präsidenten: Wie ihr seht, haben wir direkt auf die Handmikrofone umgestellt. Die sportliche Leistung werden heute Thomas Schwager und Nicole Müller vom Büro übernehmen. Dadurch, dass sie euch noch nicht alle richtig kennen, bitte ich euch, nachdem unser 1. Vizepräsident euch aufgerufen hat, vielleicht kurz die Hand zu heben, damit sie sehen, wohin sie rennen dürfen. Wie immer bitte ich euch, nach der Sitzung den Saal zügig zu verlassen und euch ins Foyer zu begeben. Dort könnt ihr natürlich weiter diskutieren. Aber so kann das Haus, besser gesagt der Saal, aufgeräumt und abgeschlossen werden. Zu den Mikrofonen gibt es eine grundsätzlich gute Nachricht. Der neue Satz Mikrofone sind bereits bestellt, nun warten wir darauf, dass sie ankommen.

Wir haben als Erstes eine dringliche Resolution erhalten. Betreffend die Spende für Erdbebenopfer in der Osttürkei und Nordsyrien, das Geschäft 4659. Eingereicht wurde sie von Mehmet Can. Möchte er etwas dazu sagen?

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Geschäft heute Abend noch behandeln würden und bin gespannt auf die Diskussionen. Danke schön.

Henry Vogt, Präsident: Der Ablauf ist der Folgende, damit es mit der Resolution für alle klar ist, weil wir das schon länger nicht mehr hatten: Der Rat entscheidet jetzt via Abstimmung mit einfachem Mehr, ob wir sie ... Etienne Winter, bitte ...

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Es tut mir leid. Gerade habe ich das Geschäftsreglement vor mir. In § 48 heisst es, eine Resolution muss an demselben Tag bis spätestens um 14 Uhr vor der Sitzung eingegeben werden. Ich weiss nun nicht, ob sie bereits seit 14 Uhr vorliegt, wenn man sie an derselben Sitzung debattieren und unterschreiben möchte. Könnte man dazu schnell Stellung nehmen? Merci vielmals.

Henry Vogt, Präsident: Grundsätzlich sind es ja zwei Dinge: Erstens müssten acht Unterschriften darauf stehen, das ist erreicht. Zweitens wurde es vor 14 Uhr eingereicht. Dementsprechend können wir nun hier darüber abstimmen. Also, der Rat entscheidet, einfaches Mehr. Resultiert ein Nein, wird die Resolution in der nächsten Sitzung traktandiert. Wenn ein Ja, kommt sie nach der Pause an die Reihe. Da kann der Gemeinderat zum Resolutionsbegehren Stellung nehmen. Mehmet Can, bitte.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Gemäss § 48, meinte ich, sollte das Geschäft, wenn Unterschriften von acht Ratsmitgliedern vorhanden sind, noch heute behandelt werden. Im zweiten Lauf wird dann abgestimmt, ob es durchkommt oder nicht. Also, bitte korrigieren Sie mich. Danke.

Henry Vogt, Präsident: Das mache ich sehr gerne. Wir stimmen jetzt ab, ob es nach der Pause behandelt wird. Wenn man mit Ja stimmt, mit einfachem Mehr, wird es nach der Pause behandelt und da kommt es noch einmal – mit einem 2/3-Mehr – zur Abstimmung.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Ich erlaube mir noch einmal, Herr Präsident, bitte korrigieren Sie mich noch einmal, aber ich meinte, mit acht Stimmen ... – ist das so? Danke.

Henry Vogt, Präsident: In diesem Fall kommen wir nun zur Abstimmung. Wer für die Resolution ist, soll es bitte mit Erheben der Karte zeigen. Ja, damit wird es heute behandelt logischerweise. Danke schön. Wer ist dagegen? Danke sehr. Und Enthaltungen? Merci.

://:

Wir haben 26 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Somit ist das einfache Mehr gegeben und wir werden das Geschäft nach der Pause behandeln.

Henry Vogt, Präsident: Weitere dringliche Interpellationen gibt es keine, sowie auch keine weiteren dringlichen Postulate und Motionen. Übrige Vorstösse: Es ist im Namen der SP-Fraktion das Postulat **Vollzug Volksbegehren, Vermeidung von Lichtverschmutzung** eingegangen. Es liegt sofort auf.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich kann bekannt geben, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob Änderungsanträge zur Traktandenliste vorliegen. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 25.1.2023, betreffend
Abrechnung Finanzierungskredit Projekt «WandelStern»
des Alterszentrums Am Bachgraben von 2003
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 3343A

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Rat an, ob Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Entsprechend übergebe ich das Wort gerne an Vizepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Sie haben diesen Bericht gelesen. Das kommt bereits, so gesehen, doch recht aus früheren Zeiten. Es liegt recht weit zurück. Aber Sie haben alles Wesentliche gelesen. Da wir die letzte Zahlung per 31. März 2020 geleistet haben, ist es nun so weit, dass dieser Kredit im Einwohnerrat abgerechnet werden kann. Dazu beantragt Ihnen der Gemeinderat, dass Sie dem zustimmen.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Gerne übergebe ich das Wort nun an die Fraktionssprecherinnen und -sprecher.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzter Rat. Das ist in der Tat ein relativ einfaches Geschäft. Die einzige Frage, die wir hatten, ist: Weshalb dauerte es so lang, um eine so einfache Abrechnung fertigzustellen? Danke schön.

Franz Vogt, Gemeinderat: Danke, Mark Aellen, für diese Frage. Genau kann ich das nicht sagen. Offenbar ist es liegengeblieben, wo genau, kann ich auch nicht sagen. Natürlich wäre das Ziel, diese Dinge früher abzurechnen. Aber wo genau es lag, kann ich nicht sagen. Selbstverständlich sind wir bemüht, das in Zukunft besser zu machen.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Jetzt wäre die Rednerliste eröffnet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Henry Vogt, Präsident: Also kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag des Gemeinderats**, Seite 4:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Der Einwohnerrat nimmt die Abrechnung des Finanzierungskredits aus dem Jahr 2003 für das Projekt WandelStern des Alterszentrums am Bachgraben zustimmend zur Kenntnis. Wer dafür ist, bitte die gelbe Karte zeigen.

:::

Vielen Dank, das ist einstimmig.

Wir kommen gleich zur Schlussabstimmung. Wer dafür ist, dass wir das Geschäft als Ganzes abschliessen, bitte auch mit der gelben Karte zeigen.

:::

Auch das ist einstimmig. Vielen Dank.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 19.10.2022, betreffend Aufwand bei Einsätzen der Ordnungsorgane bei Nachtruhestörungen

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4644 / A

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge wäre: Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, und anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals. Ich höre gerne zunächst dem Gemeinderat zu. Ich durfte bereits lesen, was ihr geschrieben habt. Aber ich denke, rein fürs Protokoll wäre es spannend, zuerst den Gemeinderat, die Verwaltung zu hören. Danach kann ich dazu Stellung nehmen. Merci.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte, geschätzter Interpellant. Im Original meiner Argumentation habe ich gesagt, oder steht, habe ich gesagt, bevor ich auf einzelne Punkte eingehe, würde ich zuerst fragen, ob der Interpellant damit einverstanden ist. Nun wurde der Ball halt umgekehrt. Ich habe nicht vor, das Vorliegende, was Sie bereits selbst lesen können, Ihnen noch einmal das vorzulesen, sondern ich werde es so handhaben, dass ich den Interpellanten frage. Aufgrund dieser vorliegenden, ausführlichen Darstellung bin ich der Meinung, dass es keine grossen Nachfragen benötigt. Denn wir haben uns wirklich sehr Mühe gegeben, auf mehreren Seiten diese Fragen zu besprechen und darzulegen, welches unsere Punkte sind, weshalb gemäss den Fragen auf diese Weise verfahren wird. Ich meine daher, es ist selbsterklärend. Wenn dem nicht so ist, bin ich sehr gespannt auf die kommenden Fragen. Ich danke anschliessend, dass sie mir gestellt werden, und warte auf das, was auf mich zukommt. Danke.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke schön, Gemeinderat Hofmann. Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Es wurde erklärt oder versucht zu erklären, was man auf diese Fragen antworten könnte. Allerdings habe ich ein paar Bemerkungen. Logo. Es steht geschrieben, dass durchschnittlich z.B. 49 Meldungen wegen Nachtruhestörungen pro Jahr eingehen. Die gehen offenbar auf einem Kanal ein, der offiziell ist. Via Securitas, via Ortspolizei kämen sie dann zu euch. Ich lese dann aber z. B., dass im 2021 nur 9 verzeigt werden, und dass 8 annulliert werden, 1 Busse wurde bezahlt. Es ist ein Ausschuss des Gemeinderats, der das Ganze beurteilt. Mit dabei ist jene Partei, welche eigentlich zahlen oder verzeigt werden müsste. Dabei ist ein Papier nur ein Papier, welches ein Verfahren ausgelöst hat, sprich, worauf festgehalten ist, was vorgefallen ist. Aber die Person, diese Personen, welche gesagt haben, hey hallo, es gibt ein Reglement, das nicht eingehalten wird, sind nicht mit dabei. Man kann nicht sagen, was genau passiert ist. Ich bin nur als Verteidiger hier, aber nicht als jene, die den Freistoss eigentlich tun müsste, hallo, so geht das einfach nicht. Ich frage mich wirklich, wie kommen diese Protokolle zustande, dass so viele Verzeigungen eigentlich ins Leere laufen. Wir als Steuerzahlerinnen, als Steuerzahler, wir als Anwohnende hier haben doch mehr oder weniger das Recht auf das, was die Reglemente eigentlich durchziehen müssten und dass sie eingehalten werden.

Auf der letzten Seite steht, dass die Gemeinde ein Budget von 20'000 Franken für solche Anlässe hat, bei denen man reklamieren könnte. 20'000 Steuerfranken. 1 Stutz pro Einwohner ist nicht viel. Aber dies ist gewissermassen à fonds perdu. Ich will damit sagen, dass wer reklamiert, wer die Abmachungen, vulgo Vorschriften, Vereinbarungen, Reglemente monieren will, dass man es einhalten soll, ist ein Kostenfaktor. Wir budgetieren 20'000 Franken in der Annahme, ja, die benötigen wir. Aber jenen, die wirklich ein Theater machen – ich spreche da von zwei konkreten Fällen, die an mich herangetragen wurden, diese Leute sitzen nicht auf meiner Seite, genau gegenüber wären die, die mir das gesagt haben, gehören also in die politische Gruppe – habe ich gesagt, das kann es doch nicht sein. 300 Franken, sagt die Securitas, kostet ein solcher Einsatz. Dann kommt die Frage: Wer geht hin? Ja, wir gehen nun wieder, wir hoffen, es reicht. Und nach zwei Stunden ein weiteres Telefon von einer anderen Seite – wieder 300 Franken. Zum Schluss resümiert: Das war der Einsatz an diesem Abend in unserem Quartier, 600 Franken Steuergelder. Das stört mich, nicht nur mich, sondern ganz viele Leute ringsum. Ich denke und komme jetzt ich zu dem, was ich dem Gemeinderat, der zuständig ist, genauer gesagt die Gruppe, die es behandeln wird, anregen möchte: Protokollführung. Es kann nicht sein, dass 90 % abgelehnt wird. Ich bemühe mich darum, dass im Quartier Ruhe herrscht, dass man sich an die Normen hält, aber es geht einfach durch, weil das Protokoll offenbar nicht so lautet. Es beinhaltet teilweise keine Namen oder nicht genau das, was geschehen ist. Diese Person, die es eigent-

lich ausgelöst hat, die weder das Protokoll zuvor sieht oder was gesprochen wird, ich weiss nicht, was die von mir aufschreiben, was geschehen ist, was der Anlass war, wer auch noch mit dabei war, der auch davon betroffen war. Nur die kurze Notiz von diesen Leuten, die vor der Türe standen. Mehr haben wir nicht. Ich denke, es braucht eine Eingangsbestätigung z. B. an den Verursacher, sprich an diese Leute, die angerufen haben, hey, wir haben es notiert, stimmt es. Man kann etwas notieren oder man kann es ganz kurzfassen. Hier liegt garantiert ein Problem vor. Wie wird es festgehalten? Haben die Leute, die wirklich auf ihre Ansprüche wert legen, im Namen oft auch von der Nachbarschaft oder ferneren Nachbarschaft, einen Antrag oder einen Einblick in das, was notiert wurde, was denn vor dem Ausschuss beim Gemeinderat verhandelt wurde? Ich denke, dass alle hier Steuerzahlende das Recht haben, dass unsere Reglemente und Verordnungen eingehalten werden. Und nicht, dass einfach gesagt wird, wir haben es budgetiert, es ist ja drin, 20'000. Solange es im Rahmen dieser 20'000 liegt, wissen wir nichts davon, was vorgefallen ist. Mein Appell noch einmal an den Gemeinderat: Bitte schaut dazu, dass diese Protokolle genauer geschrieben werden, dass jene Personen, die wirklich das Recht einfordern, es auch einsehen, dass sie Stellung nehmen können und sagen, wow, das war es, doch ja. Aber nicht einfach abgegeben und erledigt ist es. Ihr könnt sehen, dass von neun Eingetroffenen, also – Pardon – von den 49 Meldungen kommen nur in dem einen Jahr neun vor den Ausschuss und eine wird geahndet. Das kann es nicht sein. Danke schön vielmals.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort des Gemeinderats soweit zufrieden ist.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Das ist nun aber reizend gefragt. Ja. Ich hoffe, dass der Gemeinderat mit den Wünschen, die ich kurz angebracht habe, eine bessere Buchführung oder eine bessere Protokollierung der Anlässe erreicht und evtl. auch einen Einblick den Leuten gibt, die halt wirklich gesagt haben, hey stopp, wir haben die Grenze überschritten. Das tun wir überall, weshalb in diesem Fall nicht? Wenn man das einbauen kann, geschätzter Gemeinderat Hofmann, dann wäre das natürlich eine Variante. Aber einfach so, wie ihr es geschrieben habt, gewissermassen: Es ist so, fait accompli. Non, ça marche pas!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Interpellant Jean-Jacques Winter, Merci vielmals. Das Problem mit den Protokollen, da sprichst du mir aus dem Herzen. Das ist offensichtlich ein Problem, das dürfen auch alle wissen, das ist wirklich eine Krux, das ist wirklich etwas, was sehr mühsam ist. Wenn man im Polizeiausschuss sitzt und aufgrund von Mängeln im Protokoll eigentlich schlichtweg keine Beweislast hat, die man ins Feld führen könnte, damit man die Busse überhaupt aussprechen kann. Das ist sehr ärgerlich. Es wurde auch schon bemängelt und moniert und ist bei der Securitas deponiert. Das ist schon mal was. Aber ich nehme das gerne hier auch als politischen Vorstoss entgegen, im Zusammenhang mit dieser Interpellation, dass wir sicher noch einmal mit ihnen das Gespräch suchen und schauen, ob es eine Möglichkeit gibt, dass diese Protokolle einfach besser werden. Es ist schlichtweg eine Qualitätsfrage, das ist so, da kann ich mich nicht herausreden oder gar nichts machen. Es ist immer nur so gut, wie das von demjenigen geschrieben, der vor Ort ist. Ich weiss nicht, wie gut er schreiben kann, ich weiss nicht, wie im Stellenprofil der Securitas auf die schriftliche Ausdrucksfähigkeit Wert gelegt wird. Ich will das auch gar nicht wertend meinen, sondern sage einfach, es ist einfach eine Realität, die wir zur Kenntnis nehmen. Die machen wahrscheinlich ihren Job und können es einfach nicht besser. Wenn die Daten nicht stimmen, wenn Nummern nicht stimmen, wenn was weiss ich nicht stimmt, wird es einfach äusserst schwierig, für den Polizeiausschuss, damit jemanden zu einer Busse verknurren zu können, wenn er es nicht wahr oder die Beweislast einfach schlecht ist. Ob man die Protokolle oder die Auszüge dann einfach dem Kläger zustellen darf? Ich nehme das mit, ich kann das nicht beurteilen, ob das im Prozess vorhanden ist, es ist aber sicher etwas, was man abklären dürfte. Ist das so zufriedenstellend?

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank, jetzt dürfen sich die Fraktionssprecherinnen und -sprecher dazu äussern.

Jörg Waldner, SVP-Fraktion: Geschätzte Mitglieder, werter Rat. Ich muss hier in die Bresche von Schaggi Winter schlagen. Ich komme zufälligerweise von diesem Fach. Wenn wir eine solche Statistik hätten, könnten wir den Laden schliessen. Die Qualität, welche die Securitas offensichtlich bringt, liegt unter aller Kanone. Anders kann man es nicht sagen. Ich weiss auch nicht, wie ihr das Problem lösen wollt, aber da muss etwas passieren. Von 9 Verzeigungen 8 nicht durchbringen zu können, ist Geld verschleudert. Anders kann ich es nicht sagen. Ich bitte den Gemeinderat hier eindringlich, hinzuschauen und eine Qualitätsverbesserung hinzubekommen. Zumal ich auch noch von anderer Seite gehört habe, das Auftreten dieser Herren sei auch nicht gerade eben so, wie man sich das vorstellt. Das kommt noch hinzu. Einfach um Schaggi zu unterstützen: Bitte schaut hin und bringt eine Verbesserung.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen – doch, Jean-Jacques Winter, bitte.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals, auch für die Unterstützung. Ich nehme an, alle, die geschwiegen haben, sind auch der Meinung, dass es so nicht sein kann. Es kann doch schlichtweg nicht sein, dass wir Steuergelder budgetieren in der Annahme, dass wir sie benötigen und weg sind sie. Der Gemeinderat hätte mit einem guten Protokoll, mit einer guten Aufnahme dieser Situationen die Chance, etwas zurückzugeben und zu sagen, hallo, so geht es nicht. Wenn ihr diese Person, die das Recht einfordert, zum Kostenfaktor wird, sage ich ganz gerne zu Händen des Protokolls, das ist keine Zukunft, nein, das ist keine Gegenwart, das darf es gar nicht sein. Danke vielmals Phippe fürs Annehmen und Danke schön Gemeinderat für das Papier. Merci.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Henry Vogt, Präsident: Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Das ist nicht der Fall. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Interpellation von Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, vom 7.11.2022, betreffend Armut in Allschwil

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4647 / A

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist: Der Interpellant, Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, und anschliessend Gemeinderat Robert Vogt.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich bedanke mich herzlich für die Transparente und ausführliche Beantwortung. Die Antwort beinhaltet einige wichtige Punkte, was ich sehr schätze. Zuerst einmal: Wir haben, also ich habe die Zahl auf etwa 1400 geschätzt, also man sieht, das ist eindrücklich bestätigt, wird von der Abteilung SDG eigentlich je nachdem sogar höher veranschlagt. Das ist eine eindrückliche Zahl, die zeigt, dass man gut beraten ist, dort wirklich hinzuschauen. Es steht auch, dass die Gemeinde Allschwil über Instrumente verfügt wie EL, also Beihilfe für EL-Bezüger, Mietzinsbeiträge, die wahrscheinlich in hohem Masse dazu beitragen, dass man die Sozialhilfequote tief halten kann. Ich kenne einige Fälle, bei denen es der Fall ist, die sonst, wenn es das nicht gäbe, wirklich Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssten. Es ist also sicher ein hervorragendes Instrument. Wichtig finde ich auch den Hinweis auf die regionalen, privaten Organisationen, Caritas, SRK und vor allem den Verein Versteckte Armut Allschwil-Schönenbuch. Es freut mich sehr, dass die Abteilung SDG mit diesen Institutionen den regelmässigen Austausch sucht. Ich glaube, dies wird auch von beiden Seiten als positiv erlebt. Der Gemeinderat sieht aktuell keine Veranlassung, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, sondern man strebt ein koordiniertes Vorgehen mit dem Kanton an. Da meine ich, muss man etwas genauer hinschauen. Denn der Kanton sagt in etwa dasselbe, nämlich, dass man sich sehr auf die Initiativen in den Gemeinden stützt. Also man wird künftig bestimmt darauf achten müssen, dass die Betroffenen nicht zwischen Stuhl und Bank fallen. Ich bin in diesem Sinne damit einverstanden, dass die Interpellation als erledigt abgeschrieben wird, aber das Thema kann man sicher definitiv nicht abschreiben. Herzlichen Dank.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich bin sehr froh über diese Interpellation, weil sie einige Klarheiten hervorbrachte bezüglich der Zahlen über die Armut in Allschwil. Ich bin auch sehr froh, dass man den Unterschied zwischen Armutsquote und Armutsgefährdung klären konnte. Da gibt es noch einen riesigen Unterschied, denn wie zuvor erwähnt, viele Leute leben in Allschwil, die knapp an der Grenze liegen, aber noch gar nicht in die Sozialhilfe fallen. Dazu haben wir auch unsere Instrumente in Allschwil, mit denen wir die Schwelle nutzen und den Menschen noch ein anständiges Leben ermöglichen können. Ich habe selbstverständlich gut hingehört. Wir werden den Kontakt mit dem Kanton sehr stark wahrnehmen. Ich weise hierzu auch darauf hin, dass der Kanton sich im Aufbau eines Assessment-Centers befindet. Dies wird auch die Chance sein, in der der Kanton mit der Gemeinde enger zusammenarbeiten wird und wir auf der Gemeinde, die in Bezug auf Armut eigentlich eine Kompetenzstelle ist, besser

unterstützt werden. Dementsprechend sehe ich es eigentlich positiv, dass wir die Zahlen, die im Moment im Übrigen sehr tief sind, Sie haben das im Bericht gesehen, möglichst tief halten können.

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist. Vielen Dank. Entsprechend dürfen sich jetzt die Fraktionssprecherinnen und -sprecher dazu äussern.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: keine Wortmeldungen

Henry Vogt, Präsident: Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Das ist nicht der Fall. Somit ist die Interpellation beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Etienne und Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 5.12.2022, betreffend Vollzug Volksbegehren Vermeidung von Lichtverschmutzung Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4653 / A

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge wäre der Interpellant, Etienne oder Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Werter Gemeinderat. Wir mussten eben untereinander ausmachen, wer zuerst sprechen darf. Ich spreche ganz kurz. Und zwar hat das, resp. die vorliegende Antwort hat leider meine Vermutung gestützt, dass wir eher ein Schreibtischtäter-Reglement haben, welches in der Schublade verschwindet, aber von der Umsetzung nie etwas sehen. Das ist ja meistens ein politischer Erfolg, nicht wahr, wenn man einfach ein Gesetz schreibt, und damit hat man gemeint, man hat die Welt verändert. Schlussendlich hat man nur Papier bewegt. Entsprechend haben wir heute, es hat einer von der Fraktion mitunterschrieben, abgeleitet aus dem, ein Handlungspostulat mit Prüfen und Berichten eingegeben. Ich gehe nicht näher darauf ein, wir haben unsere Konsequenzen daraus gezogen und es wird in einer der nächsten Sitzungen entsprechend hier behandelt werden. Wenn wir gleich einen fliegenden Wechsel machen, von Winter zu Winter, würde er noch auf die inhaltlichen Fragen eingehen. Wir könnten natürlich auch den Gemeinderat noch dazwischen setzen.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Zuerst Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, geschätzte Interpellanten. Danke vielmals für diese eingegangenen Fragen zahlreicher Natur, auch hier ausführlich beantwortet. Auch hier, denke ich, machen wir es wie zuvor, das hat ja funktioniert. Ich lade Winter sen. ein, die Fragen und Bemerkungen zu den Punkten zu stellen, damit ich auch die wieder mitnehmen oder entgegenen kann, was auch immer. Ich bin gespannt und harre der Dinge. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Jean-Jacques Winter, ist das richtig?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es wurde ein Senior aufgerufen, keine Ahnung, wer das ist. [lacht] Okay, Phippe, alles klar, es ist bald Fasnacht. Danke für das Papier von eurer Seite. Ausgangslage ist ganz klar, da heisst es auch, dass insbesondere die Einschränkung der Beleuchtung von Gebäuden von aussen, von Schaufenstern und äusseren Beleuchtungsvorrichtungen kontrolliert werden müssen. Wir sprechen hier eigentlich im Nebensatz von Skybeamern und anderen Dingen. Ganz klar, es geht hier in der Forderung der damaligen Initiative um ein Alltagslicht, in diesem Sinne, oder das gewohnte Alltagslicht. D. h. auch, Aussenbeleuchtungen müssen zielgerichtet kontrolliert werden, Brenndauer, Beleuchtungsstärke usw. muss folgen. D. h. auch, der Gemeinderat kann auffallende Lichter oder übermässig auffallende Lichter entsprechender Lichtemissionen angehen und entsprechend zurückfahren lassen, den Verursachenden sagen, weg damit. Es ist ähnlich wie zuvor beim Lärm. Es steht nämlich auf Seite 5 bei Antwort 2, dass Hinweise und Reklamationen betreffend übermässiger Lärmverschmutzung usw., d. h. ganz einfach, dein Nachbar reklamiert. Nicht die Verwaltung, niemand von der Gemeinde, niemand von den offiziellen Personen schaut, ob auf den Parkplätzen die Beleuchtungen runtergefahren sind. Nein. Ich als anwohnende Person, muss gewissermassen die Gemeinde, die Verwaltung darauf hinweisen, hallo, beim Parkplatz, dem

Schaufenster etc. brennt das Licht die ganze Nacht oder brennt es einfach länger als es muss. Das stört natürlich. Denn, es kann ja nicht sein, dass ich immer sagen muss, beim Nachbar oder meiner Nachbarin oder Übernachbarin brennt das Licht am Hauseingang oder der Garageneinfahrt usw. Hier denke ich, müssen wir wirklich überlegen. Es kann nicht der Auftrag der Bevölkerung sein, zu denunzieren. Es braucht zwischendurch halt wirklich auch einmal einen Kontrollgang, egal, wer das macht. Ortspolizei, Kantonspolizei, auf dem Heimweg der Gemeinderat oder die Gemeinderätin. Egal, wie. Aber sicher nicht Meier, Müller oder halt Winter, Sommer. Das ist wirklich etwas, was man nicht will. Auch hier hat es von vielen geheissen, nun in eurer Antwort, dass Skybeamer und solche Dinge nicht das Kernthema sind. Das Kernthema ist ganz klar das Alltagslicht. Das sind Ausnahmen, Skybeamer und solche Dinge, mal ein Laser. Man hat schon davon gesprochen, am 1. August so etwas zu tun. Das sind Ausnahmegewilligungen oder -Anlässe.

Und wegen der Strassenbeleuchtung, ja Halleluja. Ich sass am Lettenweg in der Aula, da haben wir begonnen, unsere Lichter wegen Einsparungen, wegen besserem, kontrollierbarem Licht etc. umzurüsten. Es ist nicht Kern, Errungenschaft, von diesem Reglement. Das ist eigentlich das, was die Gemeinde seit Jahrzehnten macht und sinnvoll und mit ganz grossem Ding macht. Kurz mein Anliegen: bitte lasst doch nicht die Anwohnerschaft wieder hereinlaufen, um etwas auszulösen. Nehmt doch bitte die Gelegenheit wahr, irgendwie auch zu sagen, hallo, wir gehen auf die Kontrolle, was läuft. Merci.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Jean-Jacques Winter. Zu dieser Aussage kann ich nun schon etwas Präziseres sagen. Es wird in der Antwort auch darauf hingewiesen, dass wir für diese Praxis bzw. für eine solche Praxis und für die Auslegung mehr oder weniger gar nicht das Personal haben, um das Ganze durchzuführen. Wir haben weder die finanziellen Mittel noch die spezifischen, persönlichen Ressourcen. Das ist das eine. Das andere ist, das steht auch hier drin, hinsichtlich der Bemessung von Lichtemissionen, was störend ist oder nicht, fehlen abgesehen vom vorhandenen Empfehlungsblatt harte Fakten. Es ist niemand sehr subjektiv. Wenn wir nun auch noch die Polizisten, ich sage mal, bemühen, damit sie draussen unterwegs sind und schauen, ob das denn nun wirklich zu viel ist oder nicht, ist das eine, was man feststellen könnte. Aber dann beim Durchsetzen, das steht bei der Wirkungskontrolle, wenn wir das irgendwie hätten, auch das ist schwierig, das kann man auch gar nicht immer so durchführen. Es ergeben sich ja meistens Diskussionsfälle, was denn effektiv störend ist, was ist zu viel und was ist eben nicht zu viel. Es fehlt beim Licht einfach ganz klar messbare, gesetzliche Emissionsgrenzwerte. Das muss man eben zur Kenntnis nehmen. Dementsprechend kann ich nicht sagen, so ihre lieben Gemeindepolizisten, jetzt geht ihr mal draussen schauen und nehmt auf, was euch so ungefähr stören könnte, was zu viel ist. Auf welcher Grundlage wollen Sie das Ganze denn auch monieren? Das ist wirklich nicht besonders einfach, wenn man sich das Ganze vorstellt, auch wenn eine Empfehlung vom BAFU von 2021 vorliegt. Das ist und bleibt eine vorhandene Empfehlung. Soviel dazu.

Das Kernthema ist natürlich das, was im Reglement und in der Verordnung steht. Dies wurde so verabschiedet. Damit ist ganz klar, was das Kernthema ist und was es eben nicht ist. Unser grosser Handlungssperimeter, den wir in der Gemeinde haben, ist natürlich der ganze Gemeindebann. Dass wir mit der Umrüstung des Lichts sowohl Energie sparen konnten als auch Lichtverschmutzung einführen konnten, darf ich ganz sicher sagen, dass das eine Win-win-Situation ist, und nicht nur durchgeführt wurde, um Strom zu sparen. Das, meine ich, ist eine wichtige Massnahme, die wir ergreifen konnten. Wir achten auch bei unseren gemeindeeigenen Bauten darauf, auf irgendwelche, unnötig vorhandene Beleuchtungen zu verzichten. Das ist so das. Ich muss wirklich sagen, weder der finanzielle noch personelle Ressourcen liegen vor, wenn man das Ganze durchziehen wollte. Wenn wir das tun müssten, müssten wir schlichtweg mehr Mittel haben. Diese stehen aktuell nicht zur Verfügung. Einerseits. Andererseits fehlt auch eine korrekte, rechtliche Beurteilung aufgrund der objektiven Messung, wann Lichtverschmutzung vorliegt und wann nicht.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Ich frage den oder die Interpellanten an, ob sie mit der Antwort zufrieden sind. Das scheint der Fall zu sein. Also, Jean-Jacques Winter, bitte.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Einfach nur ganz kurz. Auch hier, nicht zum ersten Mal, muss ich feststellen, wir haben ein Reglement, wir haben Dinge, die klar geregelt sind, mit Volksabstimmung. Das Ziel muss sein, dass wir das mehr oder weniger einhalten können, damit alle zu ihrem Recht kommen. Merci.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Jetzt dürfen sich die Fraktionssprecherinnen und -sprecher äussern. Das ist nicht der Fall. Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Lucca Schulz, SP, vom 7.12.2022, betreffend
Unterbringung von Asylsuchenden in Allschwiler Zivilschutzanlagen
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4654 / A

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge wäre Interpellant, Lucca Schulz, SP, anschliessend Gemeinderat Robert Vogt.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation und Dank auch an die Personen auf der Verwaltung, die diese Angaben herausgesucht haben. Ich habe dazu eine Frage und zwei Bemerkungen und vielleicht auch einen Wunsch an den Gemeinderat. Erst einmal die Bemerkung. Ich finde es etwas bedenklich, dass der Gemeinderat nicht weiss, oder vielleicht will man es nicht wissen, dass man nicht eruiert, wie viele Leute denn schon hier waren, seitdem die Anlage genutzt wurde. Vielleicht hat es auch nicht gross interessiert. Ich denke aber, es wäre sicher auch für die Bevölkerung sehr interessant gewesen, zu sehen, welches Ausmass es zum Teil hat, wie viele Leute hier durch die Zivilschutzanlage geschleust werden, und dass es nun durchaus kritisches Ausmass angenommen hat.

Die Frage: Wie läuft es konkret ab? Hier steht, das SEM bittet darum, eine Unterkunft zu nutzen. Also kann ich das so verstehen, dass die Gemeinde auch Nein sagen kann und dass der Mietvertrag einfach für diese Zeit abgeschlossen wird und dann endet, und nicht, dass das SEM die Anlagen irgendwie gestützt auf Bundesrecht akquirieren oder beschlagnahmen kann?

Drittens die Anmerkung: Das Ganze kommt ja aus einem Grund heraus. Es gibt Vorfälle, wenn man so viele Menschen in eine unterirdische Anlage zusammenpfercht. Es ist sicher mal gut, dass der Gemeinderat das reduziert, dass er nicht die ganze Kapazität ausnützt. Man muss aber natürlich überlegen, wer hat denn eigentlich etwas davon. Wäre es nicht sinnvoller dem SEM zu sagen, schaut, wir wissen, ihr wisst, es gab in der Vergangenheit Probleme, wir achten nun darauf, dass nur noch 50 Leute drin sind? Denn, Sie können es sich vorstellen, ein Zusammenleben 100 Leute unterirdisch in einer solchen Zivilschutzanlage, die ist nicht dafür gemacht. Und es sind dort Leute, die nicht in jeglicher Hinsicht mit viel Ressourcen gesegnet sind, sonst wären sie nicht in dieser Situation und wären nicht zu uns gekommen. Ich bitte den Gemeinderat darum, dass er sich das überlegt und dann wäre ich noch gespannt auf die Antworten auf diese Fragen. Merci.

Robert Vogt, Gemeinderat: Liebe Damen und Herren. Bei den Antworten muss ich mich vielleicht darauf beziehen, dass die Kompetenzen eigentlich beim Staatssekretariat für Migration liegen. Deshalb bitte ich auch um ein gewisses Verständnis, weil wir die Zahlen der Belegung nicht genau kennen. Wir hingegen haben natürlich auch die Kompetenzen, wenn wir selbst unsere Asylsuchenden unterbringen wollen. Dann wissen wir genau, wie viele es sind und wo sie sich befinden. Aber, um jetzt noch ausführlich zu erklären, zweitens, weshalb wir sie jetzt in Allschwil in einer Zivilschutzanlage unterbringen, muss ich erklären, die Anzahl der Asylsuchenden im vergangenen Jahr ist sehr angestiegen und wird voraussichtlich in diesem Jahr noch einmal weiter steigen. Darüber hat uns das SEM informiert. Ich persönlich bin überzeugt, wir können eigentlich sehr froh sein, dass wir mit der Zivilschutzanlage Hagmatte kurzfristig eine vollwertige Unterkunft übergeben konnten, und, wie zuvor erwähnt, mit einem reduzierten Belegungsfaktor von 100, und nicht von 150 Menschen. Wenn wir nun aber langfristig denken, bin ich selbstverständlich auch der Meinung, dass wir Räume suchen müssen, mit welchen wir anständige Unterkünfte bieten können. Wir waren nicht untätig und sind bereits auf der Suche nach geeigneten Liegenschaften. Hier gibt es aber noch nichts Konkretes, worüber ich heute berichten könnte. Wichtig aber: Ich möchte, dass wir uns solidarisch verhalten und nicht einfach dem Staatssekretariat sagen, nein, wir stellen nichts zur Verfügung. Sondern mir war es wichtig, dass wir Hand bieten, auch wenn die Zivilschutzanlage ganz bestimmt keine optimale Lösung ist. Ich werde aber in Zukunft darum besorgt sein, dass wir bald Vorschläge machen können, wie wir würdigere Unterkünfte anbieten können.

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ja, ich bin zufrieden und danke dem wirklich dem Gemeinderat für diese Ausführungen. Sie geben mir persönlich das Gefühl, dass sich der Gemeinderat, zumindest der zuständige Gemeinderat der ernsthaften Thematik bewusst ist und sich auch darum kümmern will, auch

mit einem menschlichen Aspekt das Ganze betrachtet. Vor allem, wenn man bedenkt, eben, dass das Papier ist noch vom Dezember, anfangs Januar. In der Zwischenzeit hat das SEM bereits bekannt gegeben, dass die Zahlen wahrscheinlich steigen werden. Einfach nicht, dass es zur Dauerlösung wird, 100 Leute unterzubringen. Wie zuvor erwähnt, ich bin zufrieden, Danke vielmals, von mir aus gesehen ist das Ganze erledigt.

Henry Vogt, Präsident: Jetzt dürfen sich auch hierzu die Fraktionssprecherinnen und -sprecher äussern.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich begrüsse die Entwicklung, die der Gemeinderat gegenüber dem letzten Mal zeigt. Das letzte Mal in der Fragestunde hat der Gemeinderat für mich eindeutig gesagt, das sind nicht wir, die die Asylsuchenden unterbringen, also sind wir auch nicht verantwortlich. Nun habe ich in diesem Sinn eine deutliche Entwicklung gehört, die ich sehr begrüsse, dass der Gemeinderat auch Verantwortung übernimmt, damit diese Menschen sinnvoll und menschengerecht untergebracht werden. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Somit gilt jetzt die Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 12.9.2022, betreffend

Umstellen, bevor allzu vieles nicht mehr geht

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4634

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist die antragstellende Person, Ueli Keller, Grüne, anschliessend Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin selbstverständlich nicht einverstanden mit der Nichtentgegennahme. Ich führe drei Punkte aus.

Erstens: Ich war am 30. November mit rund 40 anderen Politikern aus der ganzen Schweiz an einem Webinar der Uni St. Gallen zum Thema „Ist die Schweiz krisenfest“. Von diesem Professor wurde gesagt, der Schweiz geht es hervorragend gut, mindestens 80 % der Einwohner geht es gut oder sehr, und im internationalen Vergleich steht die Schweiz ausgezeichnet da. Bis jetzt. Auch die Schweiz kann von Entwicklungen betroffen werden, die in der ganzen Welt stattfinden und sich auch hier auswirken. Die Frage, die ich dann gestellt habe, war: Wie beurteilen Sie den Stand der Politik im Hinblick auf die Krisenfestigkeit? Der Professor sagte, die Schweiz hat mit der direkten Demokratie ein hervorragendes System. Damit bin ich sehr einverstanden.

Es gibt aber drei Schwächen, welche die schweizerische direkte Demokratie aus der Sicht des Professors hat:

1. Es geht alles sehr lang, bis etwas entschieden ist.
2. Die Schweiz ist zwar vielleicht Weltmeister mit der direkten Demokratie, aber nicht besonders gut im Vorausplanen. Man lebt politisch eher immer ein wenig von der Hand in den Mund.
3. Was auch aus der Sicht des Professors bedenkenswert ist, dass das Interesse der Bevölkerung an der Politik schwindet und weiterhin am Schwinden ist.

Das sind alles Aspekte, die mit der Krisenfestigkeit zu tun haben.

Dann war die Frage: Gibt es in der Schweiz ein Krisenmanagement? Weil man ja nicht damit rechnen kann, dass es uns weiterhin immer so gut geht, und wir auch von Krisen, wie ich zuvor erwähnt habe, betroffen sind. Die Antwort war: Der Bund hat ein hervorragendes Krisenmanagement. Der Professor der Uni St. Gallen, der dieses Webinar geleitet hat, ist übrigens auch Mitglied des schweizerischen Krisenstabs des Bundesrats. Zweitens, die Kantone sind unterschiedlich gut aufgestellt. Die einen Kantone haben das, andere Kantone nur so nebenbei. Aber, darum habe ich das alles ausgeführt, die

Gemeinden haben in der Regel kein Krisenmanagement oder sind nicht auf Entwicklungen, die nicht günstig sind und worauf man reagieren können muss, vorbereitet.

Zweitens: Der Gemeinderat lehnt die Entgegennahme ab, mit Bezug auf das Leitbild. Ich halte das Leitbild – ich habe das schon mehrmals geäußert – für gut, aber es ist ein Schönwetterprogramm. Es ist ein Schönwetterprogramm. Meine Frage lautet: Was tun wir, wenn die Sonne nicht mehr scheint? Ich möchte vom Gemeinderat vorbeugend, vorausschauend wissen, und deshalb möchte ich das Postulat entgegengenommen haben: Wo sieht er mögliche Krisen, von denen auch Allschwil betroffen sein kann und wie? Was macht Allschwil vorausgeplant, wenn das Problem beim Krisenmanagement liegt? Wenn man erst dann beginnt zu überlegen und zu planen, wenn es vorhanden ist, dann ist es zu spät. Vor allem – deshalb habe ich mein Postulat auf den sozialen Bereich ausgerichtet – vorwiegend im sozialen Bereich kann es dann wirklich zu brennen anfangen, wenn man als Gemeinde nicht tragfähig ist und nicht Dinge hat, die man für einen Krisenfall vorbereitet hatte, mit dem wir – ich erwähne es ein drittes Mal – leider auch in der Schweiz rechnen müssen.

Dritter Punkt: Es gibt in der Schweiz ein Netzwerk *Ortsförderung Schweiz*. Auf dieses Netzwerk bin ich gestossen durch Kontakte von mir. Ich habe mir das angeschaut. Dieses Netzwerk hat verschiedene Bereiche, in denen sie Gemeinden und Städte unterstützen oder quasi Fachsupport leisten beim Entwickeln von Projekten, die für gesunde Gemeinden für die Gemeindeförderung nützlich sein könnten. Die vorkommenden Bereiche sind *Gesellschaft, Bildung, Arbeit, Klima und Medien*. Ich nenne nun ein paar Beispiele, in denen bereits Projekte in verschiedenen Gemeinden der Schweiz laufen. Es sind ungefähr 40 Gemeinden, die mitmachen. Die liegen alle im Bereich der gesellschaftlichen Ortsförderung, eigentlich das, was ich im Postulat als zu bearbeiten angeregt habe. Heimatförderung für Nähe und Kontinuität, gesellschaftliche Ortsförderung, Sport und Gesundheitsprävention, Vorbereitung auf den natürlichen Wandel, einheitliche Bündelung von Aktivitäten, die es in der Gemeinde gibt, und von Kräften, die vorhanden sind, und eine Förderung von Kooperation im Hinblick auf das Wohl und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bevölkerung.

Die Projekte oder die Ortsförderung Schweiz läuft immer nach dem gleichen Muster ab – ich bin jetzt dann gleich fertig – nach dem gleichen Muster: Erstens sollen Initiativen, Bedürfnisse und Bedarf der Bevölkerung aufgenommen und bearbeitet werden. Also nicht irgendwie bürokratisch ein wenig aufgesetzt und überall dasselbe oder ob man es vor Ort brauchen kann oder nicht, spielt keine Rolle. Immer Aktivitäten oder Bedürfnisse und Dinge aus der Bevölkerung im Sinn von Tragfähigkeit, im Sinn von Krisen begegnen können. Aber, das ist das Zweite, das ebenso wichtig eingeschätzt und von diesem Netzwerk Ortsförderung Schweiz sehr betont wird: Es braucht einen Support der Gemeinde. Diese Dinge kommen nicht von selbst und werden vor allem nicht von selbst nachhaltig. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich bin zufrieden, wenn das Postulat entgegengenommen wird.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Ueli Keller. Du hast ein Postulat mit einem spannenden Titel eingereicht. Der Titel heisst: Umstellen, bevor allzu vieles nicht mehr geht. Du hast nun auch weitere Ausführungen angebracht, was du mit diesem Postulat erwartest. Ich möchte aber trotzdem noch einmal kurz darauf eingehen, was in deinem Postulat zum Ausdruck kommt. In deinem Postulat gibst du deine Einschätzung wieder, dass Allschwil ein Teil der Welt ist, die sich gemeingefährlich, gigantisch, aber eigentlich für die Mehrheit der Menschheit perspektivlos weiter im Hamsterrad von Immer-Noch-Mehr zu drehen droht. Das ist das eine Anliegen, das du hast, oder die eine Einschätzung. Die zweite ist die: Eine radikale und allseits zu 100 % kompromissbereite Umstellung sei erforderlich. Aus deiner Sicht hast du deshalb den Gemeinderat gebeten, zu prüfen und zu berichten, wo Handlungs- und Verantwortungsfelder bestehen, und wie konkrete Massnahmen umgesetzt werden können. Der Gemeinderat hat nicht viel verstanden. Der Gemeinderat hat aber auch nicht mehr verstanden, nach deinen Ausführungen zuvor. Da hast du nämlich von Krisenmanagement, Schlechtwetterprogramm, Vorausplanung gesprochen, in Bereichen, die einfach, ich sage es hier, zu wenig konkret sind, als dass man wirklich mit einem Postulat, zufriedenstellend, für dich zufriedenstellend, eine Antwort geben könnte.

Wir sind nach wie vor der Meinung, mit unserer nachhaltigen Gemeindeentwicklung 2017 bis 2030, die wir im Leitbild 2017 verabschiedet haben, zu der du selbst gesagt hast, du hieltest es für eigentlich gut, da sind wir nach wie vor der Meinung, dass mit den Leitbildmassnahmen, die aus dem Leitbild abgeleitet oder darauf ausgerichtet sind, und mit einer jährlichen Berichterstattung, durch die ihr immer sehen könnt, wo wir stehen, welche Massnahmen wir erreicht haben, welche noch nicht, wo auf dem Weg wir sind. Das Leitbild zeigt ohnehin auf, wo unsere Gemeinde hingehen will. Natürlich, wo unsere Gemeinde hingehen wird oder will, im Positiven, das ist ganz klar. Es ist keine Krisenabhandlung. Aber du hast auch ausgeführt, die Schweiz sei, oder hast die Frage in den Raum

gestellt, ob die Schweiz krisenfest ist. Natürlich ist Allschwil ein Teil der Schweiz. Ich glaube, das würde nun wirklich den Rahmen unserer kommunalen Politik massiv sprengen, wenn wir uns in dieses Tätigkeitsfeld begeben würden. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass man das Postulat nicht überweisen sollte, und beantragt das Ihnen. Das nicht, weil wir in den Bereichen, die du aufgelistet hast, nichts machen wollen, sondern weil wir einfach nicht genau wissen, was du denn eigentlich möchtest. Wenn wir das nicht wissen, ist es schwierig, etwas zu tun, was dich am Schluss dann auch zufriedenstellt und nicht einfach eine Arbeit ist, die der Gemeinderat bei der Verwaltung in Auftrag gegeben hat. Deshalb auch, bitte nicht überweisen. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Jetzt haben die Fraktionssprecherinnen und -sprecher das Wort. Möchte sich jemand melden?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Schnell drei Dinge, zuerst zu Ueli Kellers Vorstoss. Ich kann es auf der einen Seite verstehen, seine Fragen sind bedeutungsvoll. Nur, Ueli, ich denke, diese Fragen solltest du nicht einer kommunalen Exekutive stellen. Ich glaube noch nicht einmal, dass es überhaupt ein Politiker wagt, darauf Antwort zu geben. Man will ja wiedergewählt werden. Das ist ein Gesellschaftsproblem. Wahrscheinlich müsste man mit der UNO sprechen, oder ich weiss es auch nicht, vielleicht einem Zusammenschluss von Superhelden. Das Zweite, das ich sagen möchte: Die Antwort des Gemeinderats halte ich für ein wenig dünn. Allerdings kann ich den Gemeinderat verstehen, dass er es nicht entgegennehmen möchte. Aber sie ist dahin gehend etwas dünn, denn das Leitbild lässt sich natürlich jederzeit abändern. Das Dritte, was ich erwähnen möchte: Das alles spricht ein wenig dafür, dass man vielleicht vorwärtsmacht. Wir, Christian Jucker und ich, hatten einmal einen Vorstoss eingereicht, dass man eine Nachhaltigkeitskommission einführt, eine Gemeindekommission, welche bei unserem Handeln wirklich darauf achtet, was das für Folgen hat, hauptsächlich ökologische Folgen, damit der Einwohnergemeinde klar wird, was geschieht, wenn wir das und jenes umsetzen, oder das und jenes nicht umsetzen. Man könnte auch auf kommunaler Ebene vorwärtsmachen. Aber ich glaube, das ist nicht der richtige Weg, Ueli. Vielen Dank.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön. Ich ergreife noch einmal das Wort, weil ich das Gefühl habe, es will sich niemand mehr äussern. Also. Ich wiederhole zwei Dinge. Erstens, das Leitbild ist ein Schönwetterprogramm. Es ist einfach nicht konkret. Ich bin nicht besonders glücklich, denn bei jeder konkreten Situation sagt der Gemeinderat grundsätzlich, zu diesem Zweck haben wir das Leitbild. Zweitens, ich möchte dem Gemeinderat nicht sagen, wo er ansetzen muss. Sondern ich möchte vom Gemeinderat wissen, wo er die kritischen Situationen, die im kommunalen Kontext entstehen könnten, sieht. Also nicht im UNO-Kontext, nicht im Europa-Kontext und nicht im nationalen Kontext, sondern im kommunalen Kontext. Das möchte ich bei der Antwort des Gemeinderats sehen. Ich möchte nicht dem Gemeinderat konkretes sagen, sondern er soll benennen, wo er solche kritischen Situationen sieht und auf welche Weise er bereit sein will, um dann angemessen darauf einzugehen. Deshalb möchte ich noch einmal bitten, das Postulat entgegenzunehmen. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist nun offen, und es hat sich jemand gemeldet. Mark Aellen, bitte.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder, geschätzter Gemeinderat. Ich habe einerseits Verständnis, dass komplizierte Fragen nicht gerne angenommen werden, weil man viele Antworten darauf geben. Damit wollt ihr eure Zeit nicht verschwenden. Das ergibt Sinn. Andererseits kann man sie auch nicht einfach nur wegschieben. Ich denke, wir haben hier einen Fragenkomplex vorliegen, er hat es nachgeliefert: Krisenmanagement. Ich habe das vor vier Jahren noch viel simpler ausgedrückt: Risikomanagement. Der Rat hat das Risikomanagement angenommen und wir stehen einfach immer noch im Dunkeln. Es hiess, es werde implementiert. Wir hatten gewisse Sitzungen, aber es ist immer noch nichts publiziert. Wir wissen als Ratsmitglieder immer noch nicht, wo ihr Risiken seht. Also, eine viel gescheitere Antwort für mich wäre gewesen, wenn ihr sagt, ja, wir haben einen Mechanismus, mit dem wir solche Dinge aufnehmen können, und ja, wir werden uns bemühen, dass man Risiken, wie eben solche Krisen, wie man ja jetzt erkennen kann, die uns schneller beeinflussen, als uns lieb ist, eventuell etwas weiter vorausschauender auch ins Risikomanagement aufzunehmen. Eigentlich wäre das Instrumentarium ja vorhanden, diese Fragen aufzunehmen und den Prozess einzuleiten. Nicht, um die Probleme zu lösen, denn die kann man ohnehin nicht jetzt mit einer Antwort lösen. Insofern, wie auch Niki zuvor erwähnte, die Nachhaltigkeitskommission zielt in dieselbe Richtung. Es geht darum, Risiken abzuschätzen und alternativ, also nicht Alternativmethoden, sondern Massnahmen dann auszulösen, wenn die Risiken auftauchen, weil diese schon vorbereitet sind. Das ist die ganze Idee des Risikomanagements. Dazu sagte der Rat Ja, beide Seiten. Wir haben gesagt, ja, wir wollen es, und ihr habt gesagt, ja, wir tun es. Bitte setzt es um, wir warten alle gespannt darauf. Danke.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Liegen weitere Wortmeldungen vor? Das ist nicht der Fall.

Henry Vogt, Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats. Wer dafür ist, dass wir das Postulat überweisen, soll das doch bitte mit der Karte anzeigen. Vielen Dank. Dagegen? Danke schön. Enthaltungen?

://:

Der Rat hat folgendermassen abgestimmt: 15 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte es nicht unterlassen, Danke zu sagen. Und zwar nicht, weil ich nun das Gefühl habe, ich hätte gewonnen, sondern weil es für mich eine Sternstunde ist. Ich habe in den vergangenen zehn Jahren viele Vorstösse gebracht und immer gehört, machen wir schon, haben wir bereits, brauchen wir nicht. Ich denke da ans Netzwerk für Bildung, kinderfreundliche Gemeinde, Allschwil bewegt, was es inzwischen ausserparlamentarisch aber gibt, veränderungsfähiger Schulbau, Pick-E-Bike gibt es auch, aber nicht, weil der Gemeinderat es wollte, und Gemeinschaftsbildung. Ich würde mich freuen, wenn nun zum Schluss meiner politischen Karriere noch eine Trendwende eingeläutet ist. Danke schön.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Wir machen eine kleine, zehnminütige Pause, bis 19.25 Uhr. Danke schön.

PAUSE

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Herr Bärtsch, auch Sie. Wir machen weiter mit der Resolution. Etwas erschwert, wenn Mehmet Can nicht hier ist. Ah, da kommt er ja, wunderbar. Also, wir machen weiter mit der Resolution. Von der Rednerliste her zuerst die antragstellende Person, also Mehmet Can, anschliessend der Gemeinderat und anschliessend wird dann die Rednerliste eröffnet.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Möchte Mehmet Can das Wort ergreifen? Dann wäre das jetzt.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Verehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, die vergangene Woche muss ich niemandem erklären, was für ein Leid es für die Türkei war. Es ist ein Ausmass, ich glaube, das, was wir am Fernsehen sehen, ist nicht einmal ein Zehntel davon. Es gibt Bilder, auf denen eigentlich ein Drittel der Osttürkei komplett zerstört ist. Ich würde hier sehr gerne auf die ganze Argumentation eingehen. Ich darf und kann das aus persönlichen Gründen nicht. Entsprechend versuche ich, mich kurzzufassen. Das Leid, welches zurzeit dort herrscht, ist nicht nur ein wenig durch die Unfähigkeit der Türkei, sondern auch von uns selbst in Europa, auch in der Schweiz, insbesondere von der UNO, die uns die Möglichkeit nicht gibt, verursacht. Es heisst, dann, wenn man für humanitäre Hilfe sammelt und die Fahrzeuge an einem Wochenende, samstagsmorgens rausschickt, ihr dürft am Samstagnachmittag in Österreich, Ungarn nicht fahren, weil Nacht- und Wochenendfahrverbot herrscht. Stellt euch das vor, humanitäre Hilfe muss sich ans Nacht- und Wochenendfahrverbot halten – krank! Dann motzen wir über die Türkei, wie unfähig die Türkei ist, wie sie mit dem Ganzen umgehen, bzw. auch nicht umgehen können, der ganzen Koordination, dem ganzen Leid. Insbesondere z. B. Nordsyrien: All diese Leute sind schon einmal geflüchtet, z. T. auch in die Türkei, in Hatay, Iskenderun. All diese Grenzgebiete der Türkei haben das Ganze vor knapp zehn Jahren dort aufgebaut, haben mittlerweile, kann man sagen, auch einen anständigen Lebensstandard erreicht, nicht nur zum Überleben, sondern auch Leben. Mittlerweile hat man ihnen nun alles wieder weggenommen. Ob das nun die Natur ist oder sonst etwas – man kann Nordsyrien im Moment nicht helfen. Das hat zwei Gründe, einmal weil die Grenzen dicht sind, andererseits herrscht vor Ort ein Bürgerkrieg. Es ist wirklich sehr, sehr schlimm. Die Situation in der Türkei, z. T. kann man sie nicht in Worte fassen. Die humanitäre Hilfe aus Europa war riesig, die Solidarität ist mega gross. Man hat eigentlich noch ziemlich rasch reagiert und agiert. Man hat innerhalb von irgendwie zwei Tagen 20 Lkw allein aus der Schweiz in die Türkei geschickt. Ob diese wirklich dort ankommen? Ich hoffe es. Wir gehen davon aus. Wir glauben an das Gute in Menschen. Andererseits hat man mittlerweile von allem genug, also Kleider, Schuhe. Einzig was fehlt, ist die medizinische Versorgung, also sprich: Zelte, Medikamente, Schlafsäcke. All diese Dinge, die man quasi bei minus 15° in der Nacht zum

Überleben benötigt. Man muss auch dazu sagen, dass diese Leute oft, oder was heisst oft, eigentlich war es so, dass sie morgens um 4 Uhr im Schlaf überrascht wurden. Ich persönlich ziehe mir keine Jogginghosen oder einen Pullover an zum Schlafen. Das ist bei den meisten so, dass sie ein Nachthemd tragen. Wenn sie dann fünf, sechs Tage ums Überleben kämpfen und nebenan das kleine Kind stirbt – das ist hart. Dann begründet man es damit, dass man sagt, ja, wir können nicht allen helfen. Dieser Mutter oder diesem Vater möchte ich es nicht erklären.

Bei meiner Resolution geht es lediglich darum, dass das Geld eigentlich nicht für diejenigen, die Erdbebenopfer sind bzw. die gestorben sind, ist, sondern für jene, die überlebt haben. Das können Kinder sein, das sind Hinterbliebene. Es wird jetzt zunehmen. Es geht in der Türkei, Osttürkei, Nordsyrien eine Flüchtlingswelle los. Es wird losgehen, es hat bereits begonnen. Gegenwärtig ist es halt so, dass sie nach Ankara oder Istanbul kommen. Das Problem dort: Es liegt am Menschen, glaube ich, dass man Mieten künstlich erhöht, dass man alles künstlich verteuert, damit sich die Leute mittlerweile nichts mehr leisten können. Entsprechend geht dieses Geld rasant weg.

Mein Antrag an den Gemeinderat ist, dass man auch diesen Leuten hilft, wie man letztes Jahr jenen aus der Ukraine geholfen hat. Seien wir solidarisch und helfen ihnen. Zeigen wir den Menschen, die hier in der Schweiz sind, die ihre Verwandten und Bekannten vor Ort haben, dass wir solidarisch zu ihnen stehen. Ich weiss, es liegt nicht unbedingt in unserem Ermessen. Aber wir haben es schon einmal getan, wir können es ein weiteres Mal tun. Das Ich-Kann-Nicht ist für mich ein triftiger Grund, mehr als zu sagen Ich-Will-Nicht. Wir haben die Kompetenz und die Instrumente dazu. Wir können das. Entsprechend bitte ich euch alle, wirklich alle. Es kann uns auch treffen, und zwar jede Sekunde. Dann sind wir auch froh, wenn unsere Nachbarstaaten oder andere, ob das nun die Türkei oder Syrien ist, vielleicht geht es ihnen auch eines Tages mal besser, uns helfen. Entsprechend bitte ich euch alle, mich möglichst zu unterstützen, dass man das Geld an eine NGO schickt, also nicht an eine staatliche Organisation. Damit sie vor Ort helfen können, damit es den Leuten gut geht. Es gibt in der Türkei zwei, drei gute Organisationen, also entsprechend. Es müssen nicht unbedingt diese Organisationen in der Türkei sein. Ich bin für jeden Vorschlag offen. Es gibt eine Organisation, die seit 30 Jahren vor Ort tätig ist. Die machen das hervorragend. Die sind mittlerweile so gut organisiert, dass sie besser sind, als die, von denen man es erwartet. Klammer auf? Nein, keine Namen nennen. Bitte unterstützt uns, auch wenn es nur ein kleiner Tropfen auf dem heissen Stein ist. Ich glaube, es wäre eine ausgezeichnete Idee, wenn man denn auch tatsächlich unterstützen könnte. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Das Wort hätte der Gemeinderat. Wer möchte sich melden? Die Gemeindepräsidentin eventuell? Bitte!

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Mehmet. Ich kann dein Anliegen persönlich sicher unterstützen. Letzten Endes muss ich aber sagen, es ist eine Resolution, die der Einwohnerrat verabschiedet. Der Gemeinderat will sich hierzu eigentlich nicht als Gemeinderat äussern. Vielen Dank.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Es tut mir leid, dass ich das Wort gleich ergreife, aber bitte korrigiert mich, ich meine, der Gemeinderat hat auch die Kompetenz dazu, die 35'000 Franken auch selbstständig zu sprechen. Aber ich wollte das nicht, ich wollte, dass wir das alle gemeinsam tun. Entsprechend bitte ich doch auch um Unterstützung. Ich würde mich freuen, wenn der Gemeinderat hinter mir stehen würde, dieses Mal für diese Resolution, dass Sie auch sagen, hey, gut. Danke.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist eröffnet. Claudia Sigel, bitte.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Mehmet, geschätzte Anwesende. Dein Aufruf und dein Anliegen hat mich tief berührt. Ich denke, es geht hier allen ähnlich. Wir haben es in der Mitte-Fraktion intensiv diskutiert. Wir sind auch fürs Helfen. Gewisse von uns haben bereits bezahlt, offenbar an die falschen, sehr bedauernswert zu hören, dass sie so vorgehen, wie sie vorgehen. Nun, wir haben einfach ein wenig Mühe mit dem Vorgehen. Die erste Frage, die wir uns gestellt haben, ist: Eine NGO? Wir sprechen hier von 35'000 Franken Steuergeldern, wohin geht dieses Geld? Die Mitte möchte hierzu konkrete Angaben. Wie bei jeder Spende, die ich persönlich mache, will ich wissen, wo landet dieses Geld. Das will ich auch in diesem Fall wissen, ich sehe das hier nicht. Die anderen von Der Mitte sind gleicher Meinung. Das Zweite ist: Eine Resolution, das haben wir im Organisationsreglement nachgeschaut, ist eigentlich eine Meinungsbildung. Und dann, was passiert, wenn wir nun meinen, ja, man muss spenden? Wie geht es weiter? Es ist vielleicht ein wenig juristenlastig, meine Meinung. Aber es geht in diese Richtung. Was machen wir, nachdem wir jetzt hier sagen, in Ordnung, wir meinen, es sollen 35'000 Franken an eine NGO? Was geschieht nachher? Das reicht nicht, es braucht mehr. Und ja, wir haben auch gedacht, damals hat der Gemeinderat Geld gesprochen für die

Ukraine. Vielleicht gibt es auf diesem Weg etwas. Dann müssen wir aber ganz konkret wissen, welcher NGO vor Ort ist und bringt die Hilfsgüter an den richtigen Platz. Es braucht mehr konkrete Informationen. Insofern spreche ich jetzt für die Fraktion: Dem können wir aus diesen Gründen nicht zustimmen. Wenn es aber Ideen gibt, wie man das weiterentwickeln könnte, wären wir sicher mit dabei.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielen Dank noch einmal. Ich glaube, Claudia Sigel hat das Richtige angesprochen. Für den Gemeinderat besteht tatsächlich die Möglichkeit, dass wir sogar in eigener Kompetenz einen Betrag in dieser Höhe sprechen könnten. Das ist so. Ihr habt nun aber eine Resolution auf dem Tisch. Diese Resolution ist, wie du gesagt hast, ein Meinungsbildungsthema. Das Einfachste für den Gemeinderat wäre sicher das, wenn ihr eine Abstimmung durchführen würdet. Wir würden sehen, ob eine grosse Mehrheit dafür ist, und dann würden wir das selbstverständlich bei uns an der Gemeinderatssitzung besprechen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Steuergelder, das ist nun mal immer ein solches Thema, oder sind wir eine Stiftung, die gerne Geld spendet. Wenn wir im Budget ein Kässeli haben, finde ich das gut. Vor nicht allzu langer Zeit sass vis-à-vis von mir auch ein soziales Gewissen, ist heute KMU-Präsident. Er hat schon ein, zweimal einen Move gebracht, den ich sehr adrett finde. Und er heisst einfach, wisst ihr was, so viel applaudiert haben heute auch nicht, wir haben zugehört. Wieso spenden wir nicht unsere Sitzungsgelder, die 150 Franken, für genau diesen Zweck? 40 mal 150, da sind wir bei 6'000 Franken. Dann haben wir sieben Gemeinderäte, die sind im Stundenlohn à 50 Franken hier, das kann man auch hochrechnen, wie viel das ist. Dann sind wir bei ungefähr 7'000 Franken. Vielleicht sind das ja nicht einfach nur Steuergelder, sondern hey weisst du, es ist ein Zeichen. Schlussendlich ist der Beitrag ohnehin ein Zeichen, aber er kommt von uns selbst, vom Einwohnerrat als Zeichen, wir spenden den Beitrag. Wenn ich zu Hause dem WWF spende, dann mache ich das aus Überzeugung. Ich gehe dann auch nicht schauen, welcher Panda denn nun genau gerettet wird oder nicht. Ich glaube, schlussendlich kann es ein Zeichen sein. Ich halte es für eine ausgezeichnete Symbolik, wenn wir unser eigenes Geld verwenden. Das könnten wir z. B. als Alternative vorschlagen, was wir hier auch schon ein oder zweimal getan haben. Merci.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Doch, Mehmet Can, anschliessend Lucca Schulz. – Also zuerst Lucca Schulz, bitte.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ich finde das auch eine schöne Idee. Man soll ja aber auch nicht die Resolution aus den Augen verlieren, die nun vorliegt, wie bereits erwähnt wurde. Ist es der Wille des Rats, dass der Gemeinderat Geld spricht, analog dem, wie er es für die Ukraine gesprochen hatte? Diese Frage kann ich für mich persönlich mit Ja beantworten. Man kann sich das Zeichen an alle Leute, die Menschen aus der Türkei, Türken, Kurden, aus Syrien vorstellen, die in dieser Gemeinde, in dieser Region leben. Ja, ich muss sagen, ich habe auch meine Mühe damit. Wir können nicht in jedes Katastrophengebiet Geld senden. Aber was ist das dann für ein Zeichen, wenn wir sagen, ja bei der Ukraine haben wir es getan und jetzt sind es aber nicht Europäer oder nicht Christen, jetzt sind sie nicht ganz so weiss wie wir? Jetzt geht es in die Kurdengebiete, jetzt sagen wir, hhm, ja, Steuergelder, hhm, nein, machen wir nicht? Deshalb würde ich sicher diese Sitzungsgelder spenden, doch auch der Wille zum Ausdruck bringen, dass wir die Resolution unterstützen.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Claudia. Ich habe einen konkreten Vorschlag gebracht, nicht NGO, wo das Geld hingehen könnte, z. B. zum alevitischen Verein, einer Moschee in Basel. Die alle haben wirklich letzte Woche, in den zwei, drei Tagen unglaublich geholfen. Es ist ja nicht nur Hilfe für humanitäre Zwecke. Wir haben im Moment – es ist so, ich weiss nicht – es ist wirklich Gier, habe ich das Gefühl, dass wir für Transportkosten, für die wir eigentlich vor zwei, drei Monaten in Erdbebengebiet 5'000 Euro bezahlt haben, jetzt bezahlen wir 15' bis 20'000 Euro. Unsere Anfrage beim türkischen Konsulat, ob sie uns dabei unterstützen können, wurde, na ja, sehr freundlich abgelehnt. Ich verstehe das. Es ist okay. Wir haben das aus eigener Tasche bezahlt. Wir haben es also gespendet, wir wollten das Geld nie zurück. Es wäre eine Alternative gewesen. Es ist aber auch – ich verstehe auch gewisse Leute, wenn sie sagen, schaut, ein alevitischer Verein oder sonst eine NGO, die wir nicht kennen, kommt für uns nicht infrage. Ich muss aber dazu sagen, dass alevitische Vereine oder Alevitismus in Basel, von der Basler Regierung anerkannt wurde. Es ist ein Kulturverein, es ist eine Religion, das ist so. Noch einmal etwas weitergehend: Es gibt in der Türkei tatsächlich Organisationen, schade, dass Semra Wagner nicht hier ist, sie hätte hierzu beisteuern können. Diese Stiftung heisst Habab, das heisst Freund. Die sind, wie zuvor erwähnt, seit 30 Jahren in der Türkei tätig. Ich weiss, dass sie mittlerweile auch Nordsyrien unterstützen, diese Leute. Ich wollte das bewusst offenlassen. Nur, wenn es wirklich dahin gehend damit zusammenhängt, dass man sagt, wir wollen wissen, wo das Geld hinfließt: Es ist tatsächlich so, dass wir sagen, es hat auch einen Grund,

warum wir sagen, wir wollen eine nicht staatliche Organisation haben, den Hintergrund habe ich euch, glaube ich, privat geschildert, warum, wieso, weshalb. Es hat Hand und Fuss. Ich unterbreite sehr gerne zwei, drei Vorschläge. Ich spreche sehr gerne eine Empfehlung aus. Ich glaube, ihr alle habt das alles nur aus dem Fernsehen gesehen. Ich selbst war auch nicht dort, bzw. ich durfte gar nicht hin, ich musste hier alles koordinieren. Ich bin sehr in emotionaler Stimmung, ich bin äusserst emotional geladen, es geht mir ausgesprochen nah. Es betrifft auch sehr viele verwandte und bekannte Leute, es ist ein Gebiet, aus dem ich herkomme, ja. Bitte, bitte wertet das nicht so, als sei es für mich persönlich wichtig, weil ich selbst von dort komme. Für mich ist das die Region, die ohnehin bis gestern oder noch vor zwei, drei Monaten vernachlässigt wurde. Man kannte diese Region doch gar nicht. Diese Region kennt man erst jetzt, durch die Nachrichten mit dem ganzen Katastrophengebiet, bzw. man hat das immer ein wenig – ja, als Grenzübergang zu Nordsyrien und und und hat man es gekannt. Aber wie zuvor erwähnt, noch einmal: Das Geld ist wirklich für die Opfer gedacht, für die Stiftungen, die mittlerweile am Anschlag sind, dass man diesen hilft. Uns geht es um das. Und noch einmal, ich stehe jedem gerne zur Verfügung, zur Unterstützung auch des Gemeinderats, sehr gerne. Vielleicht kann man sich hier gegenseitig ein wenig helfen. Ich habe mich bewusst an den Einwohnerrat gewendet, ich hätte den Antrag auch direkt dem Gemeinderat senden können. Ich bitte euch, wirklich um eure Unterstützung. Danke.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch von meiner Seite, ich finde es ganz schlimm, was dort geschehen ist. Ich habe keine Verwandte oder sonst etwas, aber ich habe sehr viele Freunde, welche Angehörige verloren haben. Ich möchte einfach eines dazu sagen: Das, was Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli zuvor geäussert hat, ich hielte es für gut, wenn der Gemeinderat es gemeinsam anschauen würde und vielleicht eine Überlegung dazu macht. Was es von unserer Seite, wegen der Ukraine, möchte ich einfach etwas sagen: Wir hätten ein Einwohnerratsfest für 50 Jahre gehabt. Wir haben dieses Einwohnerratsfest abgesagt. Dieses Geld haben wir für die Ukraine gespendet. Das war Geld, welches budgetiert war. Wir haben das Geld für die Ukrainer, für Leute, die hierherkommen, gespendet. Es ist etwa ein Unterschied, ob wir einfach Geld ins Ausland senden und nicht wissen, wie Claudia Sigel gesagt hat, was machen wir damit. Ideen hätten wir alle wahrscheinlich ganz viele. Über das, was man eigentlich hier fast nicht spricht, das möchte ich auch mal anfügen, der Behindertenverein in der Türkei benötigt dringend Geld, weil ganz viele Kinder verletzt sind. Die bräuchten auch Unterstützung. Da muss ich der Claudia recht geben. Wohin senden wir es? Wo spenden wir? Denn ich glaube, alle brauchen es. Wenn ihr sagt, okay, von mir aus, wir spenden unser Sitzungsgeld, es ist gleichwohl immer alles nur ein kleiner Beitrag, den wir leisten können. Dass wir hier einfach entscheiden können, wohin wir es spenden, das können wir leider nicht. Danke schön.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Geschätzte Anwesende, lieber Mehmet, eine Frage an dich, bei der ich froh darüber wäre, du würdest sie anschliessend beantworten. Du sprichst immer von «uns». Mich würde interessieren, wen du mit «uns» meinst. Offenbar seid ihr schon irgendwie organisiert. Wer ist das? Das ist das Erste. Das Zweite ist, da ich tatsächlich noch immer ein wenig Bedenken habe, wegen Steuergeldern. Das ist einfach Geld, das nicht mir gehört, habe ich mir echt überlegt, im Nachgang an das, was Etienne gesagt hat. Uns hier, vor allem nun nach den Landratswahlen, gewisse Leute von uns sind etwas präsenter in den Köpfen der anderen, weil sie auf Plakaten abgebildet wurden, in letzter Zeit ein wenig im Dorf herumspaziert sind, aber auch die anderen Einwohnerräte, die kennt man. Wieso tun wir uns nicht zusammen, an einem Samstag, gut organisiert, parteiübergreifend und sammeln für die Türkei. Das fände ich stark. Nebst dem, dass wir die Sitzungsgelder von heute spenden, machen wir etwas. Weshalb müssen wir es abgeben und Steuergelder holen? Machen wir doch mal etwas gemeinsam. Zeigen wir, dass wir unterschiedlichen Parteien gemeinsam auch etwas erreichen können. Ich fände das eine super Sache. Wenn das nun heute wieder abgewiesen wird oder nicht klappen würde, wenn du das an die Hand nehmen könntest, ich würde dich gerne unterstützen. Ich fände das eine super Sache.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Mir geht es ähnlich wie Claudia Sigel, mit dem Rechtsinstitut der Resolution, das ja nichts anderes als eine Meinungsbildung des Einwohnerrats an wen auch immer ist. Die vorliegende Resolution wäre eine Meinungsbildung zu Handen des Gemeinderats. D. h., wenn sie zustande käme, müssten wir das dem Gemeinderat noch schriftlich mitteilen, wenn wir unser Geschäftsreglement wortwörtlich auslegen etc. Das ist doch eher ungewöhnlich, dass der Einwohnerrat zu Handen des Gemeinderats eine Resolution erlässt. Ich möchte aber auf der anderen Seite nicht übersehen, dass das Anliegen von Mehmet natürlich sehr berechtigt ist. Das war eine sehr schlimme Naturkatastrophe, die passiert ist. Deshalb würde ich über das jetzt sogar hinwegsehen und fünf auch mal gerade sein lassen. Die andere Frage ist dann, wohin soll das Geld überwiesen werden. Es steht einfach NGO, Nichtregierungsorganisation, das kann ja alles Mögliche sein, das ist doch zu offen bestimmt. Ich habe mir zuvor spontan überlegt, ob es nicht die Möglichkeit

gäbe, dass man z. B. die Glückskette in Betracht zieht. Denn das ist eine Institution, die unsere Spendengelder professionell verwaltet und auch weiss, wo man es weitergeben muss, damit es auch am richtigen Ort ankommt. Wenn man die Resolution so abändern könnte, dass der Auftrag dahin gehend lautet, oder die Meinung des Einwohnerrats dahin gehend lautet, dass man das Geld direkt der Glückskette zu Händen der Erdbebenopfer der Türkei und Syrien spendet, könnte ich damit gut leben.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Ich bin mit viel von dem, was ihr gesagt habt, einverstanden. Nur verstehe ich nicht, weshalb man bei einer Meinungsbildung darauf beharrt, dass alle Dinge genau festgelegt sind. Es ist eine Meinungsbildung. Was der Rat am Schluss mit dieser Meinung macht, liegt ohnehin nicht in der Hand dieser Resolution. Die Resolution kann sagen, wir sollten nach links gehen, der Rat entscheidet, wir gehen nach rechts. Da wird sich nichts ändern, auch legal nicht. Mit Auftragsschreiben oder ohne Auftragsschreiben spielt überhaupt keine Rolle. Das ist eine Resolution, es ist eine Meinungsbildung. Wir haben nun weitaus klargemacht, es sollte genau klar sein, wohin wir das Geld bezahlen. Ich hoffe, dass der Gemeinderat nicht so blind ist, dass, wenn er etwas unternimmt, er es einfach an irgendjemanden bezahlt. Ich spreche hier wirklich die Kompetenz zu, dass wir im Gemeinderat fähige Leute haben. Sonst müssen wir noch einmal über die Bücher. Dankeschön.

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung, zur Meinungsbildung. Sie kommt mit einem 2/3-Mehr zustande. Entsprechend frage ich jetzt den Rat an. Wer möchte die Resolution gerne annehmen? Danke sehr. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

://:

Wir haben folgendermassen abgestimmt: 21 Ja, 9 Nein, 4 Enthaltungen. Das 2/3-Mehr wäre bei 23 Stimmen gelegen. Somit ist die Resolution nicht zustande gekommen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich denke, die Debatte wurde gut geführt. Man hat heraus gespürt, denke ich, was die Meinung der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte letztlich ist. Auch wenn nun das 2/3-Mehr nicht zustande kam, ich habe ein wenig links und rechts hingeschaut. Wir sind überzeugt, dass wir in eigener Kompetenz entscheiden könnten, den Betrag zugunsten Einzahlung an die Glückskette. Ich glaube, das wäre das Beste.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Grossen Dank an den ganzen Rat. Auch ganz grossen Dank von allen, auch von «uns», Claudia. Mit «uns» habe ich eigentlich die Gruppe in Basel gemeint, wie wir sie letzte Woche gebildet haben. Die ist entstanden aus dem alevitischen Verein, einem Teil Moschee, es waren zwei Moscheen in Basel dabei, und dann noch Private und Unternehmer in der Schweiz. Es ist aber leider nicht so, dass das Geld eigentlich unzählig war, es ist von einer anderen Stelle geschöpft. Wirklich noch einmal, auch einen ganz grossen Dank an den Gemeinderat, an unsere Gemeindepräsidentin. Ich glaube, das kommt vorwiegend wirklich bei all jenen, die hier in Allschwil wohnen, sehr gut an. Also wirklich ein ganz grosses Dankeschön an den Gemeinderat. Merci.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Das hat nun nichts mit Formalitäten zu tun. Ich habe nun so viel Negatives über die Glückskette gehört, und mir wurde von anderen türkischen Staatsangehörigen zugetragen, dass das Geld an korrupte Regierungsangehörige geht und nicht ans Ziel kommt. Jetzt verstehe ich nicht, weshalb nun die Glückskette okay sein soll. Ich habe dort einbezahlt, ich habe das nachträglich bereut. Gibt es denn keine sinnvolleren Gefässe, als dass es jetzt einfach dorthin fliesst, wo doch so viele behaupten, dies sei nicht das Richtige? Einfach mal, damit wir das noch schnell betrachtet haben, sonst bringt diese Aktion ja nichts.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Also schau, Claudia. Ich bin immer davon ausgegangen, die Glückskette sei okay, ich persönlich. Ich höre das jetzt zum ersten Mal. Aber wir prüfen und schauen es an.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Bitte prüft es!

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja, vielleicht in direktem Kontakt mit Mehmet. Ja?

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Ja, gut. Ja, super! Merci.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Wir kommen jetzt zum Info-Fenster des Gemeinderats.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Gibt es noch Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste erschöpft. – Sorry, ich habe es missverstanden. Jetzt ist das Info-Fenster des Gemeinderats. Wer möchte sich melden? Robi Vogt, bitte.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Robert Vogt, Gemeinderat: Werter Präsident, werte Damen und Herren. Von diesem international sehr sensiblen Thema komme ich jetzt wieder zurück auf die Kommunalpolitik nach Allschwil. Sie wissen, Sie haben vor ein paar Monaten einen Vorstoss über die Zwischennutzung des Lindenplatzes Allschwil überwiesen. Wir befinden uns nun im Dialogprozess mit verschiedenen Leuten, die beteiligt sind. Wir konnten bereits eine Zwischennutzung aufgleisen, was Sie auch schon im Allschwiler Wochenblatt nachlesen konnten. Ich möchte es aber auch hier noch ganz offen erwähnen: Wir haben nun im Sinn, den Kiosk kurzfristig umzugestalten, damit dort eine faire Essensverteilung von Allschwiler zu Allschwiler stattfinden kann. Dies hilft letztlich, unsere Gemeinschaftsbildung in Allschwil zu stärken. Ich hoffe, dass das nun eine Lösung ist, die auch Ihren Vorstellungen entspricht.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Besten Dank. Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Am Dienstag hat sich Einwohnerrat Christian Jucker bezüglich des Kulturleitbilds erkundigt. Besten Dank dafür. Auch jetzt ein, zwei Informationen hierzu: Wie Sie sich sicher erinnern können, haben Sie letztes Jahr als Einwohnerrat eine beinahe fertige Fassung des Kulturleitbilds erhalten. Nachdem der Gemeinderat nun im Januar die definitive Fassung verabschiedet hatte, ist die Fachstelle Kultur daran, die Strategie, also die Ziele und erste Massnahmen zu konkretisieren. Der Gemeinderat wird das dann nach Ostern oder um Ostern behandeln. Anschliessend kommt dann eben das ganze Paket wieder ins Volk bzw. in den Einwohnerrat. Sie haben Glück. Als Nächstes werden nämlich in dieser Woche, wir hatten das Thema auch im Allschwiler Wochenblatt aufgegriffen, zwei Artikel erscheinen, aus denen Sie noch mehr Details entnehmen werden können.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe zwei Informationen. Die eine betrifft die Schule, aber nicht die Schulraumplanung, aber die Führungsstrukturen der Schule. Wie Sie sicher mitbekommen haben, wurde das Bildungsgesetz revidiert und ermöglicht neu den Gemeinden, ihre Führungsstruktur für die Schule neu zu definieren. Es gibt dabei drei Möglichkeiten: Das eine ist, man wechselt zum Grundmodell vom Gemeinderatsmodell. D. h. die heutigen Aufgaben, resp. die wenig revidierten Aufgaben des Schulrats werden an den Gemeinderat übertragen. Eine andere Möglichkeit ist, man bleibt beim Schulratssystem. D. h. die neuen Aufgaben des Schulrats werden wie bis anhin vom Schulrat erledigt. Oder wir wählen die dritte Möglichkeit, das ist das Kommissionsmodell, bei welchem die neuen Aufgaben des Schulrats vom Gemeinderat erledigt werden, dem Gemeinderat aber eine beratende Kommission zur Seite gestellt wird. Wichtig für Sie zu wissen, und deshalb berichte ich Ihnen das, ist: Der Einwohnerrat muss noch in diesem Jahr einen Beschluss zum neuen Führungsmodell fassen. D. h. er muss konkret beschliessen, welches Führungsmodell der Einwohnerrat für sich und unsere Gemeinde sieht. Wir sind selbstverständlich daran, es zusammen mit der Schule aufzugleisen, zu schauen, welches Modell wir empfehlen möchten. Thematik ist die, dass es zeitlich ziemlich eng wird. Wir hatten bis heute zwar eine Informationsveranstaltung vom Kanton, aber immer noch nicht alle Fragen beantwortet erhalten, die an der Informationsveranstaltung gestellt wurden. Wir wissen einfach noch nicht alles ganz genau. Aber wir nehmen das Projekt in Angriff, wie zuvor erwähnt, gemeinsam mit der Schule. Für Sie ist einfach wichtig zu wissen, weil der Beschluss bis Ende Jahr gefällt werden muss, dass es zeitlich sehr eng werden kann, vor allem, wenn Sie das Geschäft auch noch einer vorberatenden Kommission übergeben möchten. Es geht mir einfach darum, dass Sie jetzt schon wissen, es wird Arbeit auf Sie zukommen.

Das Zweite, worüber ich informieren möchte, betrifft die Revision des Personal- und Besoldungsreglements. Hierzu habe ich eine Folie, die ich gerne zum Auflegen geben möchte. Sie wissen ja bestens, wir sind an der Sache dran. Wir hatten die 1. Lesung, die Kommission hat es wieder entgegengenommen, die Vorbereitung zur 2. Lesung. Jetzt hat sich gezeigt, haben wir aufgrund einer Anfrage von Einwohnerrat Matthias Häuptli, der sich wirklich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hat, feststellen müssen, dass das im 1999 revidierte Personal- und Besoldungsreglement mit einem Lohnschlüssel hinterlegt ist, der nicht zu 100 % dem Stufenverlauf gemäss Anhang zum Personal- und Besoldungsreglement entspricht. Sie sehen oben beide in diesem Sinn, wie soll ich sagen, Sie sehen

auf der einen Seite oben den Stufenverlauf, wie er, wie gesagt, in Anhang 1 des Personal- und Besoldungsreglements hinterlegt ist, und unten sehen Sie den Lohnschlüssel. Wenn man Berechnungen anstellt, was Matthias Häuptli getan hat, es heisst zwar *judex non calculat*, das hat sich hier nicht bestätigt. Matthias Häuptli hat es sehr genau gerechnet und festgestellt, dass, wie zuvor erwähnt, der Lohnschlüssel nicht zu 100 % dem Stufenverlauf entspricht. Wir haben ein Umsetzungsproblem, wir haben eine Inkonsistenz zwischen den zwei unterschiedlichen Unterlagen. Das hat sich jetzt, bei der aktuellen Revision, gezeigt. Es ist klar, dass der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung diese Umsetzungsproblematik zuerst beheben will, bevor wir in die 2. Lesung gehen. Wenn wir es schaffen, es zeitlich so aufzugleisen, dass es mit der vorberatenden Kommission aufgeht, dass diese dann damit fertig ist. Selbstverständlich werden wir dann mit der 2. Lesung weitermachen. Wenn das nicht möglich ist, werden wir die 2. Lesung hinausschieben müssen. Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, damit wir hier nicht ein neues Personal- und Besoldungsreglement verabschieden, bei dem wir genau wissen, dass im Anhang noch eine gewisse Inkonsistenz besteht. Wir möchten sie sicher erst einmal bereinigen. Dieses Vorgehen ist mit dem Projektleiter, Matthias Gysin, abgesprochen. Wir haben bereits heute im Gemeinderat auch den Präsidenten des Mitarbeitendenrats informiert. Denn es könnte Auswirkungen haben, es ist ganz klar, auf einzelne Mitarbeiter. Wir haben nun auch gleichzeitig aus den Kommunikationen Informationsmails an alle Mitarbeitenden verschickt, damit sie das auch bereits wissen, damit wir heute alle auf demselben Stand sind. Das ist unschön, unschön ja, aber es hat sich gezeigt, diese Thematik besteht seit 1999, also bereits längere Zeit. Ich hoffe, Sie haben das mal so entgegengenommen, wir werden schauen, wie wir weiter vorankommen. Vielen Dank.

Franz Vogt, Gemeinderat: Besten Dank. Hört ihr mich? Jawohl. Ueli Keller hat an der letzten Sitzung eine Frage zu unserer ehemaligen Schulraumplanungs-Projektleiterin, Frau Lenggenhager, gestellt. Ich hole hier nun etwas aus. Das Projekt Schulraumplanung unter der Leitung der externen Projektleiterin, Frau Lenggenhager, war sehr darauf ausgerichtet, Antworten auf die Themenfelder Hallenbad, Turnhalle, Reihenfolge Neubauten / Sanierungen inkl. Übergangsphasen, Tagesstrukturplanung und Finanzierung zu finden. In einem zweiten, kleineren Auftrag, ging es auch noch um Verdichtungsmöglichkeiten in bestehenden Schulhäusern. Der Fokus der Projektleiterin hat sich deshalb eher auf bautechnische und planerische und teilweise natürlich auch um inhaltliche und finanzielle Fragen gerichtet. Die Auswahl der externen Projektleiterin, Frau Lenggenhager, ist auf diese Weise erfolgt, weil sie als Architektin in diesem Bereich grosse Erfahrung hat. Es war vorgesehen, diese Fragen zu den vorgenannten fünf Themen innert nützlicher Frist mehrheitsfähig und für alle Anspruchsgruppen beantworten zu können und dann nahtlos die einzelnen Bauvorhaben planen und umsetzen zu können. Während der Projektarbeit haben sich aber inhaltliche Differenzen zwischen dem Gemeinderat als Ersteller und Finanzierer und der Primarstufe Schulleitung als Nutzer ergeben. Im Verlauf des Projekts wurde dem Gemeinderat klar, dass es nicht mehr möglich war, das Projekt, insbesondere die Zielerreichung, mehrheitsfähige Entscheide zu fällen. Der Gemeinderat hat erkannt, dass der Grund darin lag, dass eine übergeordnete Gesamtstrategie fehlte, insbesondere die Ausrichtung des Projekts auf bautechnische und planerische Themen, indem eine Fachperson in derartigen Fragen als externe Projektleiterin eingesetzt wurde, zu diesem Zeitpunkt nicht zielführend war. Deshalb hat der Gemeinderat im Juni 2022 die Projektorganisation neu ausgerichtet und als externen Projektleiter eine fachlich neutrale Person eingesetzt, und insbesondere alle Player in sämtliche Entscheidungsprozesse eingebunden, und damit das Projekt mit Frau Lenggenhager als externe Projektleiterin halt abgebrochen. Frau Lenggenhager wurde über diesen Entscheid durch unseren Leiter Gemeindeverwaltung, Patrick Dill, offen orientiert. Das Fazit ist: Wir waren mit der Projektorganisation Lenggenhager zu konkret unterwegs. Die übergeordnete Gesamtstrategie fehlte. Dies wollen und müssen wir nun nachholen. Nach der Verabschiedung der Gesamtstrategie gehen wir in die Umsetzungsphase, in der noch einmal auf Frau Lenggenhager zurückgegriffen werden könnte. Ob das nötig sein wird, wird der weitere Verlauf des aktuellen Projekts Schulraumplanung zeigen. Versprechen können wir natürlich nichts. Und noch einmal: Frau Lenggenhager wurde über den Entscheid durch Patrick Dill orientiert.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Gerne informiere ich Sie kurz über die Arbeit der Delegiertenversammlung aus der Versorgungsregion. Wie ich Sie bereits an der letzten Sitzung informiert habe, ist die DV im Moment aktiv daran, die verschiedenen Stellen zu besetzen. Bisher fanden die Erst- und Zweitgespräche statt und ab 1. März wird die Stelle für die Sozialberatung besetzt sein. Die anderen Stellen sind noch offen. Die Leitung der Fachstelle wird neu ausgeschrieben. Besten Dank.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Motion von Etienne Winter und Mehmet Can, vom 26.11.2022, betreffend Einführung einer Amtszeitbeschränkung

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4651

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist: Die antragstellende Person, Etienne Winter oder Mehmet Can, Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli und anschliessend die Fraktionssprecherinnen und -sprecher.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Ich möchte Danke sagen, ich musste an der letzten Sitzung leider kurzfristig passen, und die Bereiterklärung, das Traktandum von der Traktandenliste abzusetzen. Die Sitzung bis jetzt, habe ich gedacht, ups, das ist wieder ein wenig schwierig, wir hatten eher ein Informationsfenster, Diskussionskultur ist nun bei der Resolution entstanden. Ich freue mich immer, wenn im Parlament ein Gespräch, Diskussionen stattfinden. Ich hoffe, ich kann das auch hier erreichen, ein wenig die eine oder andere Person kitzeln und ein Votum abgeben zu dürfen. Ich habe heute meine Mitarbeiter ein wenig *dubedänzig* gemacht, tigerte im Geschäft immer hin und her und gedacht, wie soll ich das heute Abend angehen. Schlussendlich habe ich gedacht, damit wir vielleicht auf dieser Diskussionsebene diskutieren können, muss man das Ganze in eine Szene einbetten. Dann kam ich auf den Gedanken, wir nehmen doch diesen tollen Anlass als Grundlage, zu dem der Einwohnerrat vom Bürgerrat immer eingeladen wird, bei dem wir einmal in den Wald gehen und eine tolle Führung geniessen und ein aktuelles Thema begleiten dürfen.

Wenn wir einen Wald betrachten, das kann man adaptieren, da sind 40 Bäume, das sind wir. Dann schauen wir als Waldbesitzer, d. h. Wählerinnen und Wähler, blicken wir in diesen Wald, dann sehen wir sehr unterschiedliche Bäume. Es hat grosse Bäume, es hat kleine Bäume, es sind Setzlinge, es sind Bäume, die eher ein wenig Schatten geniessen. Wir haben einen Wald, der sich gebildet hat. Ein Wald, der sich aufgrund einer institutionellen Zusammensetzung gebildet hat. Dieser Wald ist nicht naturgegeben, der ist konstruiert. Der Boden, der Humus, das ist die Grundlage, man soll hier 18 sein, bevor man wachsen kann, u. a. oder auch stimmberechtigt. Der Vorstoss, der gemacht wird, der Vorstoss würde nun in den Wald eingreifen. D. h. wir blicken von aussen hinein. Was würde geschehen, wenn wir nun jemanden in diesen Wald implementieren? Der Vorstoss kann man in Person sagen, das wäre unser Revierförster, Markus Lack. D. h. wollen wir, resp. will der Eigentümer oder die Eigentümerin einen Revierförster installieren. Der Revierförster kommt dann zum Zug, wenn man sieht, der Baum ist nun relativ gross, vielleicht innen schon etwas morsch, ein wenig am Zerbröckeln. Er sagt, ich glaube, es ist Zeit, dass man den hier rausnimmt. Wenn man nun den Baum fragen würde, ob er Gefallen daran hat, ob der Baum gehen darf oder nicht, meistens hat er wahrscheinlich weniger Gefallen daran. Der Vorteil, und das ist ja der grosse Gewinn, resp. wo man auch sieht, ja weshalb macht es denn der Forst. Dieser erkennt, ja, an diesem Ort, an dem er den Baum rausnimmt, fehlt etwas, aber nur für kurze Zeit. Denn an diesem Ort, an dem es auch Sonne hat, wachsen neue Bäume. D. h. die Rolle kann dann jemand anders einnehmen. Es gibt Frischluft, sozusagen, die wieder neue Ideen schöpft. Das ist ein Zyklus, den man betrachten muss, der, wenn man es in diesem Sinn sofort einführen, würde es heissen, es gibt vielleicht einen Umbruch. Aber wenn man längerfristig über 20 Jahre, über 30 Jahre oder eben 16 Jahre, könnte es dem Ganzen doch vielleicht einen Mehrwert verleihen.

Das sind die institutionellen Fragen, die wir in Zukunft ganz gross werden debattieren dürfen. Denn in naher Zukunft werden wir, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, über unsere Gemeindeverfassung sprechen dürfen. Darin werden genau diese Rahmenbedingungen angesprochen. Nun, weshalb könnte man dagegen sein? Warum könnte man sagen, ja gut, dieser Baum muss nun nicht unbedingt gefällt werden, wir sind doch froh darum, wenn wir ihn haben. Wenn nun Markus Lack, der Revierförster, sagen würde, schau Etienne, wenn wir diesen Baum nun aus diesem Wald ausschlagen, würde das ganze Ökosystem zusammenbrechen, der ist systemrelevant. Dann heisst das, wir haben das Problem ganz woanders, nicht beim Baum, sondern irgendwie ist der Wald von einem Pilz befallen. Wenn der Baum weg ist, wächst der Baum wirklich nach. D. h. das Problem liegt eigentlich ganz woanders. Was heisst das, sind wir dann weniger attraktiv? Finden wir zu wenige Leute? Müsste man andere institutionelle Rahmenbedingungen ändern, wie? Soll der Einwohnerrat in Zukunft noch aus 40 Personen bestehen? Wäre es nicht besser, wenn wir auf 30 heruntergehen? 30 Leute, die

wirklich wollen und können? Oder müssen wir eher in die umgekehrte Richtung, machen wir 50 daraus? Vielleicht gibt es dann ja mehr Bäume, die sich vielleicht dieser politischen Arbeit auseinandersetzen.

Derselbe Wald in einer anderen Personenkonstellation haben wir auch auf Seite Gemeinderat. Dort haben wir heute, wenn wir mit Markus durchblicken würden, einen relativ alten Waldbestand. Wenn wir nun jetzt das Beil ansetzen würden, dann wäre plötzlich sehr viel, sehr viel Licht vorhanden. Aber auch Potenzial, mittel- oder längerfristig wieder neue Ideen zu schöpfen. Soll man das eine mit dem anderen gleichsetzen? Ergibt das Sinn? Könnte man diskutieren. Aber auch da stellt sich die Frage: wie sehen denn die letzten Wahlkämpfe im Gemeinderat aus? Hat man richtige, grosse Wahlgelüste gefunden? Wir schauen auf den letzten Sonntag, auch kleine Parteien können es erreichen, ein solches Amt zu besetzen. Ich weiss nicht, wann zum letzten Mal die Grünen kamen. Ich weiss nicht, wann es das letzte Mal eine EVP versucht hat, einen Sitz zu erobern. Ist es denn auch dort nicht attraktiv? Müsste man dort z. B. sagen, nein, dort haben wir vielleicht auch einen Pilzbefall? Vielleicht wäre es schöner, wenn man auf fünf Personen runterginge. Weshalb haben wir ein 7er-Gremium? Macht es das Ganze attraktiver? In der Pause zuvor habe ich gehört: Ja, fünf, weshalb nicht gleich drei? Voilà. Das sind Fragen, die wir im Zusammenhang mit der ganzen Reorganisation geniessen dürfen. Diese Fragen werden nicht heute beantwortet. Es ist ein kleiner Stein, der die ganze Thematik „*Wie weiter im politischen Allschwil?*“ anstossen wird. Wo soll der Einwohnerrat, wo soll der Gemeinderat in 20 Jahren stehen?

Ein weiterer Punkt, weshalb man vielleicht dagegen sein kann: Es heisst, ja, Etienne du Schlaumeier, jetzt habt ihr es auf politischer Ebene nicht geschafft, vielleicht ein Präsidium, das ihr wolltet, zu erhalten, und nun wollt ihr einfach tabula rasa machen, und den Gemeinderat einfach mal auf institutionellem Weg verändern. Da muss ich sagen, mit dem Blick, den ich erhalten habe, als ich meinem Vater anlässlich eines Familienbesuchs mein Handy auf der Passerelle hingestreckt habe und sagte, Papi lies mal, die habe ich heute Morgen Nicole Müller abgegeben, wusste ich, okay, jetzt bin ich auf dem Pflichtteil, weiter runter geht es nicht mehr. Es gibt ja auch kein Richtig oder Falsch. Es sind Fragen, die wir uns künftig stellen werden. Sie kam nicht von der SP-Fraktion, die habe ich als interessierten Politikwissenschaftler gebracht, der sich gerne mit institutionellen Rahmenbedingungen befasst und die Änderungen, die dann folgen, mal eingibt. Mir kam natürlich an der Fraktionssitzung relativ harsche Kritik entgegen. Sie fragten, möchtest du uns eigentlich alle absägen, denn so etwas würde uns auch treffen. In diesem Vorstoss steht auch nirgends, ab wann es implementiert werden sollte. Gibt es eine Übergangsbestimmung? Heisst das, ja gut, wir beginnen bei den übernächsten Wahlen, bei der übernächsten Legislatur beginnen wir, aber dann beginnen wir mit Zählen der Baumrinden, der vorhandenen Ringli. Oder? Das ist alles offen.

Wenn nun dieser Vorstoss überwiesen wird, ist noch gar nichts beschlossen. D. h. es ist nur ein Auftrag in der Revision, die ohnehin folgen wird, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Ist es sinnvoll, wenn wir einen Revierförster hineinsetzen wollen? Fragt man die Bäume, eher weniger. Aber das ist das Tolle an der ganzen Politik: Die Gemeindeverfassung wird vom Wahlvolk geändert. D. h. das Volk kann ihre eigenen Kompetenzen zum Teil, wenn sie einen Vorteil sehen, selbst einschränken. Einschränken oder nicht, das ist nicht unsere Entscheidungsgrundlage, wir sind dann der Wald, der damit umgehen muss. Aber auch der wird weiterwachsen und gedeihen. Deshalb ist es auch wichtig, in dieser ganzen Thematik, und das ist genau die Botschaft, die ich mitgeben möchte, nicht über einzelne Bäume zu sprechen, sie schmerzt das. Dann schmerzt es auch uns, wenn wir gute Leute verlieren. Wir müssen über das Ökosystem Einwohnerrat sprechen. Wir werden debattieren, wie viel uns die Politik wert ist, die kommunale Politik. Wie können wir den Rat gestalten, damit er in 20 Jahren genauso fruchtet oder vielleicht sogar besser als heute agieren kann? Diese Diskussion möchte ich u. a. anstossen. Ich habe viele Ideen gebracht, die wir debattieren können. Ich hoffe, ich konnte den einen oder anderen ein wenig bewegen können, vielleicht etwas dazu zu sagen, und bin natürlich froh, wenn wir eine Mehrheit finden. Und sonst werden in der Revision des Ganzen sicher ganz tolle Fragen und Vorschläge in die ganze Debatte eingelegt werden. Merci vielmals.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vor lauter Schock, habe ich nicht einmal das Mikrofon gesehen. Nein. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Etienne. Ich möchte lieber auf der Sachebene bleiben und weniger ein Märchen erzählen. Der Gemeinderat hat euch bereits geschrieben, er ist überzeugt, dass diese Motion nicht überwiesen werden soll. Er geht davon aus, dass eine Amtszeitbeschränkung, wie sie hier vorgesehen ist, die im Übrigen nur der Kanton für den Landrat und die Gemeinde Binningen als einzige Gemeinde in unserem Kanton für Einwohnerräte und Gemeinderäte vorsieht, dass das für Allschwil nicht zielführend ist. Er meint, dass durch eine solche Amtszeitbeschränkung das aktive und passive Wahlrecht eingeschränkt wird. Er ist der Meinung, dass das nicht richtig ist. Das Stimmvolk soll entscheiden, wer hier sitzt und wer dort sitzt. Und das Stimm-

volk soll so entscheiden können, dass es auch sagen kann, ich will jemanden hier bei euch haben, der länger als 16 Jahre dabei ist. Er erwartet die besten auf der Seite des Gemeinderats und die besten auf der Seite des Einwohnerrats, solange es den Einwohnerrat noch gibt. Wie zuvor erwähnt, ich will nicht in die Richtung von Märchen gehen, bleiben wir bei den Fakten. Ich glaube, wir sind in den vergangenen Jahren gut gefahren, so wie wir es hatten. Das meint auch der Gemeinderat. Im Übrigen, wer käme im Wirtschaftsleben dazu oder auf die Idee, nach 16 Jahren jemandem zu sagen, und tschüss, jetzt hast du das beste Alter erreicht, jetzt kannst du gehen, denn bei mehr als 16 Jahren bringst du nichts mehr, dann gehörst du zu den alten Bäumen, die niemanden mehr interessiert. Im Übrigen habe ich auch das Gefühl, gerade die Einladung des Bürgerrats ist nicht gerade die beste Sache, die du ausgewählt hast. Wenn ich sehe, wie wenig Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte an diese Anlässe kommen – ich weiss nicht, der Bürgerrat hätte es lieber, wir würden vermehrt dorthin kommen, als hier Märchen zu erzählen. Vielen Dank.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Nicole. Zuvor war der Zucker, jetzt kommt die Peitsche. Du musst mich entschuldigen, es ist nicht böse gemeint, aber, ich verstehe, was du meinst. Ich verstehe auch den Gemeinderat. In der Wirtschaft ist es auch so, dass, wenn man 16 Jahre in demselben Betrieb ist, und das nicht erreicht hat, was man erreichen wollte, darf man vielleicht auch langsam den Platz wechseln. Man muss auch dazu sagen, die Motion lässt auch eine Möglichkeit offen. Man kann eine Legislative pausieren und dann noch einmal antreten. Hinzu kommt, man hat auch 16 Jahre Zeit, einen Baum nachzuziehen. Man hat diese Möglichkeiten. Wenn man in den 16 Jahren – es geht nicht darum, welche Partei es ist, ob SP, FDP, AVP, CVP, Grüne, oder die Mitte – man hat doch diese Zeit. Es ist nun mal auch so, dass, wenn jemand seit mehreren Legislaturen im Amt ist und dann jemand neu kommt, hat er es auch schwieriger, denn diese Person ist bekannter als der Neuling. Das ist halt so. Es geht nicht darum, dass der Gemeinderat keinen guten Job macht, im Gegenteil, ich denke, ihr macht einen einwandfreien Job. Aber, es darf nicht auf Lebenszeit sein. Deshalb auch diese Motion. Lieber Herr Philippe Hofmann, das ist so, es ist Amtszeitbeschränkung. Sie können also so oft antreten, wie Sie wollen. Es geht nur darum. Es ist auch nicht böse gemeint. Es trifft eigentlich jeden, auch uns Einwohnerräte. Nach vier Legislativen darf man auch einmal pausieren, oder? Danke.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, es ist ein wenig durchgedrungen, was die Haltung, bei der ich hoffe, das ist deine persönliche Haltung, Nicole Nüssli, des Einwohnerrats ist. Ich hoffe, du bist mich auch persönlich angegangen, als du gesagt hast, dass ich ein Märchenerzähler bin. Ich hoffe schwer, dass du nicht der Ansicht bist, dass der Einwohnerrat eine Märchenveranstaltung ist. Bei aller Hochachtung. Das ist auch weder der Sinn noch Zweck der Sache, die nun einfach durchdringt. Ich höre von der Gemeindepräsidentin, ich hoffe, es sei wirklich ein persönliches Anliegen, das zum Ziel hat, dass wir abgeschafft wurden. Da ist wieder das Zusammenspiel, bei dem ich der Auffassung bin, naja, es muss vielleicht auch nicht gerade sein. Wenn ich auch einen persönlichen Wunsch äussern darf, ans Präsidium selbst, nicht an dich selbst, Nicole: Nach einem König, nach einer Kaiserin, nein, wären wir froh, hätten wir vielleicht jemanden, der ein Rollenverständnis mitbringt, der für das Volk dienlich ist im Sinn von, dass es eine dienstleistungsorientierte Führung oder Management ist. Das darfst du von mir aus auch persönlich mitnehmen. Aber für mich ist die Erwartungshaltung einer Rolle, dass man zusammenarbeiten möchte. Das Präsidium hat die Aufgabe, mit dem Einwohnerrat zusammenzuarbeiten und nicht, den Einwohnerrat abzuschaffen. Danke schön.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Hier muss ich nun unsere Gemeindepräsidentin in Schutz nehmen. Ich glaube, sie hat einfach das Motto der nächsten Woche angesprochen, die doch uns alle etwas zum Schmunzeln anregen soll. Vor allem, weil es zu bestimmten Entscheiden, über die wir uns hier einig waren, Referenden jeglicher Art aus dem Volk gab. Dazu muss man sich vielleicht gleichwohl überlegen, machen wir hier überhaupt einen Superjob. Das war gar nicht böse gemeint. Ich denke, wir machen das toll. Ich spreche nun für die Mitte-Fraktion. Wir folgen der Haltung des Gemeinderats in dem Sinn, dass wir meinen, wir sollten das weiterhin dem Volk überlassen, wie lange wir alle hier jeweils agieren dürfen. Die jüngere Vergangenheit hat auch gezeigt, dass Leute abgewählt werden können, die nicht so lange im Rat sind. Das Volk setzt seinen Willen durchaus durch, wenn es nötig ist. Danke vielmals.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Diese Motion macht etwas zu einem Problem, das in Wirklichkeit keines ist. Wenn wir hinschauen, von jenen, die hier sitzen, sind nur ganz wenige schon so lange dabei, dass sie überhaupt von einer solchen Amtszeitbeschränkung betroffen wären. Wir haben eher das Problem, dass die Fluktuation zeitweise recht hoch ist. Es gab schon mehr als eine Partei, die im Verlauf einer Legislatur die ganze Liste von Nachrückenden durch hatte und nachnominieren musste. Ich glaube, das ist eher ein reelles Problem. Des-

halb bringt diese Motion keinen Mehrwert. Wenn es im Einzelfall ein Problem ist, dann kann man versuchen, in der eigenen Partei oder Familie, wenn es denn so ist, Einfluss zu nehmen. Zum Schluss ist es dem Wähler überlassen, ob er dann noch einmal jemanden wählt oder nicht. Die Fraktion EVP/GLP/Grüne lehnt diese Motion daher ab. Danke sehr.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich bin dagegen, denn ich möchte Schaggi übertrumpfen. Wenn ich dann mit hochgerechnet ungefähr 85 bis 90 – also nicht dich übertrumpfen, Entschuldigung Schaggi, deine Amtsdauer im Einwohnerrat möchte ich übertrumpfen – das erreicht habe, dann lasse ich mich als Gemeindepräsident wählen und greife dann die Amtsdauer von Nicole Nüssli an. Deshalb bin ich dagegen. Nein, um bei deinem Bild zu bleiben, Etienne, ein junger Wald benötigt auch die alten Bäume. An den alten Bäumen können die jungen Bäume wachsen. Deshalb halte ich es für falsch, wenn man eine Amtszeitbeschränkung einführt. Denn eine Amtszeitbeschränkung steigert nicht per se die Qualität dieses Gremiums, sondern einfach nur die Wechsel. Und nun spreche ich im Namen der Fraktion, und wenn ich weiter ausführe, ist es meine persönliche Meinung, das weisst du auch, Etienne, weil wir das auch schon gemeinsam besprochen haben. Ich persönlich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn man das Gremium verkleinern würde. Ich würde hier eine Chance sehen. Wie auch beim Gemeinderat würde ich eine Chance sehen, wenn wir das Gremium verkleinern würden. Nicht um zu sagen, dass es nicht fähig ist oder die Qualität nicht stimmt. Aber ich meine eigentlich, für eine Gemeinde mit 21'000 Einwohner – wenn man andere Gemeinden in dieser Grössenordnung betrachtet, die haben professionelle Gemeinderäte, vollamtliche Gemeinderäte, die ihre Funktion auch dementsprechend wahrnehmen und in der Verwaltung auch dementsprechend ihren Einfluss geltend machen können. Denn das, was unsere Gemeinderäte hier tun, ist aus meiner Sicht beinahe ein Harakiri oder beinahe das Unmögliche, nebst einem Job, den sie haben, noch eine Bude zu führen, mit, ich glaube, behaftet mich nicht auf die Zahlen, aber mit beinahe 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das ist eigentlich eine Leistung, die nicht jeder tun wird. Merci.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Bei dem, was ich gehört habe, habe ich beinahe den Eindruck, Asche auf mein Haupt oder Honig aufs Brot für alle, die sich hier engagiert einbringen. Oder ganz persönlich: Dornen unter die Füsse jener Leute, die sich überprüfen, amüsieren, die ich am 4.12. erhalten habe. Ich habe mich auch darüber amüsiert, was der Gemeinderat in der Nichtentgegennahme geschrieben hat, dass die Verantwortung bei uns allen liegt. Matthias Häuptli, es hat nichts mit der Familie intern zu tun. Wir haben es wahrscheinlich unsagbar gut miteinander. Ich würde ihm nicht reinreden, ich würde verlieren, also nicht beim Reden, aber hier seht ihr es ja. Wobei, das war ein Eigentor. Zur Partei, Matthias Häuptli, es ist ein Vorstoss von Etienne Winter, eine Idee von ihm und gar nichts von der SP. Das ist ganz klar darauf ersichtlich, muss auch betont werden. Mein Interesse dabei wäre grundsätzlich eine Diskussion darüber. Es haben zwei, drei etwas dazu gesagt. Man hat sich darüber amüsiert oder war betroffen. Ich habe auch Echos dazu erhalten. Aber was denken wir hier eigentlich über die Zusammenarbeit von Polit-Teenagern und Polit-Grufftis? Ich durfte hier schon oft korrigieren und sagen, hallo, das geht nicht. Z. B. eben gerade zur Interpellation von dir, Niki, muss ich sagen, die kannst du nicht zurückziehen. Solche Dinge gehören eben auch zu Routiniers, die vielleicht sofort und schnell reagieren und sagen können, hallo, so läuft der Betrieb. Aber darüber haben wir bis jetzt gar nicht gesprochen. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Erfahrenen und Leuten, die Erfahrungen sammeln müssen? Darüber habe ich bis jetzt gar nichts gehört. Ich weiss persönlich, dies wurde auch mehrmals erwähnt, es braucht ein paar Leute, die vielleicht einen grossen Schatten werfen können, damit man darunter in aller Ruhe blättern kann, wie es abläuft. Ich bin sehr froh, dass ich bis jetzt manchen Personen hier den einen oder anderen Tipp geben durfte, über die Parteien, Fraktionen, Kommissionen hinweg. Aber quand même, wie ist unser politisches Zusammenarbeiten, unser Austausch, unser Profilieren, oder auch mal das aneinander Verzweifeln? Dazu wurde gar nichts gesagt. Ich bin aber froh, dass der Gemeinderat es so geschrieben hat. Nicht wegen Etienne oder mir oder sonst irgendwem. Das ist mal eine ganz klare Haltung, wohin es führt. Aber es ist ein Thema wert, wie es läuft. Und übrigens betreffend die Grösse des Einwohnerrats: An der letzten Revision anno 2000, da war Leo Zehnder und Sam Champion z. B. ein Bruno Steiger noch dabei, wollten sie auf 50 Personen rauf, damit auch die kleinen Parteien eine zweite Vertretung hätten. Nebensatz einfach: Man hat bis jetzt nie von einer Verkleinerung gesprochen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Da offensichtlich die Fraktionsstimmen übergegangen sind, melde ich mich auch zu Wort. Wenn ich die Ausführungen über diesen Antrag lese, steht hier, dass die stete Durchmischung, frische Kräfte in allen politischen Gremien fördern soll. Des Weiteren steht, dass das schweizerische Milizsystem von diesem Austausch lebt. Das schweizerische Milizsystem ist bereits ziemlich alt und hat bis jetzt ohne die 16 Jahre gelebt und hat sich auch ziemlich gut durchforstet. Der Waldvergleich ist für mich nicht unbedingt der Grund, dass es sich

ändern sollte. Ist es zielführend oder nicht? Das weiss, glaube ich, niemand hier. Wird, wenn man jemanden nach 16 Jahren absetzt, wirklich viel verändert? Wenn wir gehört haben, es gibt ja relativ wenige, die überhaupt so lange Zeit erreichen, a) weil sie nicht wollen oder b) weil sie vielleicht effektiv nicht mehr gewählt werden. Soweit ich weiss, ist es hauptsächlich, sie wollen. Dann haben wir noch weitere Argumente, jetzt muss ich wieder blättern, die hier stehen: Wir sollten vielleicht darüber nachdenken, sogar alles zu reduzieren. Ich hoffe, es wird hier niemand eine Diktatur aufrufen, denn das wäre die maximale Reduzierung, die meiner Meinung nach absolut nicht demokratisch ist. Natürlich kann man sich fragen, ob die richtigen Leute im Rat sind, oder, wenn der Rat gelegentlich etwas entscheidet, was das Volk nicht will. Aber das hat nichts mit der Amtszeitbeschränkung zu tun. Der Rat wird immer Fehler machen, weil das Volk sporadisch einfach anders tickt, als jene, die gewählt wurden. Das geschieht, auch wenn man sich noch so gut mit dem Volk austauscht. Man erreicht nie alle, vor allem hat man nicht immer dieselben Interessen.

Dann komme ich zum nächsten Punkt, der mich wirklich irritiert. Man sagt, Durchforstung ist gesund und ist notwendig. Niemand verpasst etwas, denn er kann eine Pause machen und weiterhin mit frischen Kräften mitmischen. Es ist zwar dieselbe Person wie zuvor, mit demselben Erfahrungsschatz, mit derselben Vernetzung, also nach einer vierjährigen Pause gleich ticken wird. Eventuell kürzer, weil unsere Nachrücklisten ziemlich schnell abgearbeitet sind. Insofern bringt auch das, wie es in diesem Reglement jetzt aufgesetzt ist, eigentlich nichts. Und sagen, dass das Reglement nicht sofort wirkt, ist auch etwas sonderbar. Sobald das umgesetzt wird und darin geschrieben steht, läuft es. Dann gibt es nicht noch eine Schonfrist oder was auch immer. Unter dem Strich machen wir nichts an der Verjüngung, ändern wir einer Partei angehören, haben immer das Problem, dass sie eine Partei benötigen, die sie fördern. Denn, wenn man keine Partei hinter sich hat, wird man ohnehin nicht gewählt. Niemand kennt sie, niemand weiss, ob sie vertrauenswürdig ist. Wenn man eine Partei im Rücken hat, heisst es, ja, diese Leute sind vertrauenswürdig, demnach wird sie es wohl auch sein. Sprich: Die Wahl wird von jenen erreicht, die einer Partei angehören, welche für das Volk so handelt, wie es denkt, es sei sinnvoll. Dann gibt es auch diese Tricks, mit denen man die Leute panaschieren kann. Wir haben eben bei den Landratswahlen gesehen, das kann manchmal sogar sehr sinnvoll sein und die Leute voranbringen, weil sie eben ein paar Stimmen mehr erhalten. Es gibt also genug Möglichkeiten, frische Kräfte zu lancieren, frische Kräfte zu positionieren. Wenn eine Partei das wirklich tun will, hat sie diese Möglichkeiten. Dafür braucht es keine Amtszeitbeschränkung. Nun habe ich mich erschöpft und gebe zurück an den Rat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich kann mich gottseidank sehr kurzhalten. Mein Vorredner war rhetorisch ausgezeichnet und äusserte das meiste, was ich eigentlich sagen wollte. Einfach noch etwas, was mir in der Diskussion zuvor hier aufgefallen ist. Es wurde viel auf den Mann bzw. die Frau gespielt – man soll doch bitte auf den Ball spielen. Die Invention von Etienne, dass das eigentlich in die neue Gemeindeordnung einfliessen soll, wobei erst einmal ein Vorschlag vom Gemeinderat kommen muss, ist richtig. Ich freue mich auf die Diskussion dann in der vorbereitenden Kommission, wenn eine neue Gemeindeordnung kommt, auf die Diskussion hier und auf die Diskussion draussen mit dem Volk, denn die Gemeindeordnung muss zwingend an die Urne. Besten Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ist die Rednerliste erschöpft.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion. Wer sie überweisen will, soll doch bitte die gelbe Karte zeigen. Vielen Dank. Wer ist dagegen? Danke sehr. Enthaltungen? Merci.

://:

Der Rat hat folgendermassen abgestimmt: 5 Ja, 23 Nein und 6 Enthaltungen.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank für den heutigen Abend. Ich freue mich, euch wiederzusehen am Sonntag, an der Allschwiler Fasnacht. Bis dann, schöne Fasnacht und schöne Ferien!

ENDE DER SITZUNG 20.45 Uhr